

# Sächsische Volkszeitung

**Besprechungszeit** Dienstlich freit. **Ganz-Mitsgabe A** mit illustrierten Beilagen 12.75 N. **Mitsgabe B** 11.95 N.  
einheitlich Postbestellgeb.

**Wingelgen:** Rummage vom Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr beginn. — Preiss für 1  
Viert-Spaltseite aller Wingelgen 1.40 M., im Beilagensteil 8.50 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch  
Vertrüger aufgegebene Wingelgen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Italien und der Vatikan

Allen Bemühungen und Protesten der Päpste zum Troh ist das Verhältnis zwischen Italien und dem Vatikan heute noch dasselbe, wie es vor 60 Jahren durch die Vergewaltigung vom 20. September 1870 geschaffen wurde. Nach einer Reihe von Wortbrüchen, die ja gerade bei der terza Italia zum politischen Handwerkszeug gehörten, hat man geglaubt, mit dem famosen Garantiegesche, das ja auch bis heute toter Buchstabe geblieben ist, die Sache ein für allemal erledigt zu haben und mit der Hartnäckigkeit eines italienischen Maulwurfs hat man sich seither allen Tatsachen zum Troh auf den Standpunkt gestellt: 1. Es gibt keine römische Frage, und 2. die nicht existierende römische Frage ist keine internationale, sondern eine innenpolitische Frage. Inzwischen haben auch andere Leute, als etwa nur die Katholiken erkannt, daß es nicht nur für Italien, sondern für alle politischen Mächte von größter Bedeutung ist, daß der Papst nicht von einem einzelnen Staate abhängt und sich dadurch, daß er ein italienisches Staatsgesetz, das ihn selbst zum Gegenstand hat, anerkennt, zu einem Unterstand und Werkzeug einer politischen Macht erniedrigt. Der Papst bedarf seiner vollen Freiheit und Unabhängigkeit und durch die Haltung, die er seit 1870 einnimmt, hat er sich wenn schon nicht die erste, so doch die zweite so sehr gewahrt, daß heute auch Frankreich wieder zu ihm gekommen ist, um gleich allen anderen Ländern, die Vertretungen bei ihm unterhalten, sich seines Einflusses zu bedienen. Wäre dieser Einfluß durch eine italienische Kette gebunden, würde der Papst in Italien eine über ihm stehende Macht anerkennen, die besagt ist, ihm ihre Gesetze vorzuschreiben oder aufzuzwingen, so länge eben der Schlüssel zu seiner Macht nicht mehr beim Vatikan, sondern beim Quirinal, auf der Konkurrenz. Damit wäre aber auch der Zerfall der katholischen Kirche in nationale Kirchen befiegt. Sonnino hat ja mit seinem französischen Artikel 15 des Londoner Abkommen dem Papste noch eine weitere Kette anlegen wollen, die vornehmlich den zentralen Vorhaben der italienischen Staatsmänner seit Gründungszeitraum, das Oberhaupt der Kirche seiner Souveränitätsrechte zu entkleiden und zu berauben, aber der Versuch ist, wie sich heute gezeigt, vollkommen mißlungen. Die Souveränität des Papstes ist eben nicht in der Anerkennung durch weltliche Mächte oder in ihrer Anerkennung seitens solcher, sondern sie ist in der Stiftung des Papsttums begründet und besteht, ob nun Teile der Menschheit sie anerkennen oder nicht. Ein Teil von ihr, und zwar ein heute nicht mehr zu überschreitender, erkennt sie aber unbedingt an, nämlich die 800 Millionen Katholiken und da bei ihnen diese Anerkennung im Gewissen begründet ist, also durch kein weltliches Mittel bestätigt werden kann, heißt es eben, sich mit dieser Tatsache abfinden. Aus der Gewissheit heraus, daß es heute überall in der Welt Katholiken gibt, insbesondere auch dort, wo Frankreich die Spannungen seiner italienischen, politischen Interessen hin erstreckt, nämlich im Rheinland, in Elsaß-Lothringen, in Bayern, in Oberbayern, in Palästina, in Thüringen, in Amerika und Ostasien (die Aufzählung ist der Pariser Begründung der Wiederherstellung der Konsulat beim Vatikan entnommen), hat die Regierung der französischen Republik nach 17jähriger Abwesenheit die diplomatischen Beziehungen zum Papste wieder aufgenommen. Frankreich „durfte“ von einem so wichtigen Mittelpunkt internationaler Interessen nicht mehr fern sein, es „mußte“ sich dort vertreten lassen, wo alle seine Konkurrenz bemüht sind, sich dieser Einflüsse an ihrem Vorstelle und an Frankreichs Nachteil zu bedienen. Sonnart selbst hat diese Begründung gegeben, die ja durchaus natürlich und so selbstverständlich ist, daß es gar nicht verwundert, wenn wir dieselben Gedankengänge heute seitens der italienischen Presse an Italienien selbst gerichtet finden. Das Problem, schreibt der „Messaggero“, das vor 50 Jahren abgeschlossen schien, ist wieder in Bewegung getreten, und zwar in einem Sinne, der es ermöglicht, heute darüber zu reden, ohne daß man zu befürchten braucht, daß das Unsehen des Staates darunter leide. Noch im vorigen Jahre mußte der Berichterstatter Roblemair in der französischen Kammer sich mit den gefürchteten Befürchtungen befassen, die Aussöhnung mit dem Papste sei geeignet, seitens Italiens Misstrauen und Widerstreit zu erwecken, aber er konnte darauf verweisen, daß auch dort bereits ein anderer Wind wehe-

Wann nun gerade der „Messaggero“ den Anfang macht, seit einem halben Jahrhundert zäh verteidigte Stellungen aufzugeben, so muß das nachdenklich stimmen, denn es ist das Sprachrohr jener Kreise, die bisher sich am allerentfernen densten jedem Gedanken eines Entgegenkommens gegen den Standpunkt des Papstes widerseht haben, da sie darin eine Gefährdung des Staates erblicken. Sie wissen, daß die Einheit Italiens nur auf Kosten der päpstlichen Macht zu stande kam und können sich daher nicht vorstellen, daß das begangene Unrecht sich ohne Schädigung des Ansehens und Bestandes des Königreiches wieder gutmachen lasse. Wenn nun von jener Seite plötzlich der Wind umzuschlagen beginnt, so beweist dies, daß das französische Beispiel und insbesondere die französischen Gründe ihre Wirkung zu tun beginnen; es beweist, daß man anfängt, den alten verbohrten Standpunkt preiszugeben und sich Vernunftgründen zugänglich zu zeigen. Es beweist, daß die Einsicht allmählich sich festzusehen beginnt, daß man noch lange kein Feind Italiens zu sein braucht, wenn man sich Gründen nicht verschließt, die zu einer Annäherung und vielleicht durch

Inzwischen ist der ersten Stimme eine zweite gefolgt, die der „Idea Nazionale“, des Organes der Nationalisten. Es sei zu treffend und gut, daß die seltenerischen Vorurteile zu fallen beginnen, die so lange Italien einen verfehlten Weg geführt haben, und das Blatt stimmt den Neuerungen des „Messiaheros“ in allen Teilen zu. Es schließt sich insbesondere den Neuerungen des katholischen „Corriere d’Italia“ an, der dazu rät, die Dinge am besten sich selbst zu überlassen, falls sie eine rein journalistische Erörterung überschreitende Gestalt annehmen sollten, damit solche Fäden, die in ihren Anfängen besonders zart und gefährdet sind, nicht durch unkluges Drein-

Es liegt der Gedanke nahe, daß die Stimmen bezogenen, die seither vielfach in entgegengesetztem Sinne beeinflußte öffentliche Meinung allmählich umzustimmen und möglichen Wandel

lungen in dem Verhältnisse zwischen Kirche und Staat den Weg zu ebnen und Widerstände zu beseitigen. Man fühlt, daß es ein Unding ist, daß, wo zahlreiche nichtkatholische Staaten sich beim Papste vertreten lassen, ein seiner Konfession nach ganz katholisches Land mit 80 Mill. Einwohnern im Vatikan durch vollkommene Anwesenheit „glänzt“, zu seinem Schaden und anderer Deute ruhen. Als Zeichen der Welt müßten solche Stimmen signalisiert werden; sie beweisen, daß der Gedanke der Bedeutung des Papsttums immer stärker sich durchsetzt und selbst ihm widerstreitende Kreise zunehmend in seinen Bann zieht.

## Wohin das polnisch-französische Einvernehmen führt

Das polnisch-französische Einverständnis wird von neuem verständlich, wenn man die französischen Blättermeldungen des letzten Tage sich vergegenwärtigt. Neben den militärischen und politischen Klauseln enthält dieses Bündnis eine Reihe bedeutsamer wirtschaftlicher Bestimmungen und natürlich für Frankreich besondere Vorzugsrechte, so unter anderem das Recht der Weisbegünstigung. Französische Geschäftssiedlungen sollen danach in Polen besondere Privilegien genießen. Das sind immerhin werksweise Eingehändlungen, die die schon längst bekannte Tatsache eines geheimen Einverständnisses zwischen Warschau und Paris auch in der österreichischen Frage von neuem gut beleuchten. Dieses Einverständnis läßt Frankreich so fest an seinem Vertreter in Oberschlesien, dem Vertreter der Anteiligen Kommission, halten, und ohne weiteres erscheint klarwürdig, was ein polnisch orientierter Geistlicher, nämlich Pfarrer Kuslik in Chrzanów, Kreis Czestochowa, in einer Unterhaltung äußerte, nämlich, daß Kossuth lediglich ein Werkzeug Perond's sei, mit Wissen und Willen Perond's den Aufstand ins Werk gesetzt habe und sich zurückziehen werde, sobald Perond's wünsche. Kossuth handele nur auf vorheriges Einverständnis mit Leopold und dieser sollte nach wünsche, daß Oberschlesien zum größten Teile an Polen komme. Perond handelt natürlich — das ist wiederholt schon an dieser Stelle, wie von der gesamten deutschen Presse, aber auch von objektiven englischen, amerikanischen, wie italienischen Zeitungen dargestellt worden — lediglich im Interesse der französischen Nationalisten, Industriellen und Finanzleute. Von Unparteilichkeit kann bei ihm nicht die geringste Rede sein, und deshalb können wir die Forderung der öberschlesischen Bevölkerung nur zu gut verstehen, die auf eine Entfernung Perond's drängt und seine Erhebung durch einen Engländer oder Italiener wünscht. Frankreichs Presse wird ja nun nicht dulden, daß die Entente dieser an und für sich berechtigten Forderung nachgibt. Aber auf der anderen Seite haben Engländer wie Masséna es in der Hand, den deutschen Oberschlesiern wenigstens einigermaßen Gerechtigkeit widerzuhören zu lassen, um schon im eigenen Interesse das laut in die Welt schreiende Urrecht, was den Deutschen in Oberschlesien ausgeschafft wird, wenigstens nicht offen vor aller Welt zu dulden und aufzuheben. Es ist immerhin erfreulich, daß der neue englische Kommissar Sir Harold Stuart sich gegen die neutrale Zone aussprochen hat. So lange die polnischen Banden noch anfangs den Industriebezirk besetzt halten und ebenfalls, wie oben sein Vorgänger, der Engländer Veretival, nun auch zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Verbündeten die Polen zunächst anwingen müssen, die Waffen niedergelegen und das von ihnen besetzte Gebiet zu räumen. Haft einigermaßen nicht klügt es, wenn die französische Presse gegen diese Frankreich wenig genuehne englische Ansicht Stellung nimmt, und die „Durchs“ voran erklärt, „wenn die Franzosen dieser polnisch-französischen Anregung nachgeben würden, würden sie ja gegen die ganze Polens Stellung nehmen. Es könnte der unmöglichste Zustand eintreten, daß französische Soldaten auf polnische Arbeitsgeralten schießen und sie sich sogar mit den Truppen des Generals von Höfert zu einer Aktion vereinigen würden“. Wer noch nicht gewußt haben sollte, warumüberall da, wo die Franzosen die Besatzung haben, die polnischen Aufständigen bewaffnet einschreiten und sich alle möglichen Ausdrückungen gegen Leben und Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung erlauben und die Autorität der Anteiligen Kommission mit Händen tragen, kann höchst best bei falsche Abschätzungen der franz

ieren, vom welche das der jüngste Begegnung zwischen den  
französischen Reinigung ohne weiteres klar sein, wenn Hochanis droht  
nicht gutwillig das Industriegebiet zu räumen, sondern es in  
Trümmer und Asche zu verwandeln, falls es nicht polnisch bleibt  
das heißt also, falls er nicht mit seinen Insurgenten dort bleibt  
so ist dies von seinem Standpunkte aus schon immerhin offensichtlich. Aber wenn die „Liberté“ selbst die Polen zu einer solchen  
Zersetzung auffordert, indem sie schreibt, die Polen würden sich  
nicht aufwollig führen und Zersetzung im Industriegebiet und  
Verwaltungswahrschrengel an der deutschen Besetzung wären die  
Polen davon, so ist dies ein neuer Beweis, wohin die nationallibertätschen Treiberzonen und die polnische Freundschaft Neurath  
reich letzten Endes führen. Und es ist ein gewagtes Glück, daß  
ein führendes französisches Blatt bestätige Veröffentlichungen  
Europa und dem außereuropäischen Auslande vorzusehen welche  
Man sieht, wie weit die deutschfeindliche Verblendung Frankreichs  
geklettert hat.

Ein englisches Verkenntnis

**Wien**, 13. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt aus Oppeln: Die neutral Zone sei ein Misserfolg. Die alliierten Truppen sind an verschiedenen Punkten zwischen den Insurgenten und den deutschen Selbstschuh geschoben worden, aber zwischen diesen Punkten geht der Kampf weiter. Die Deutschen erleiden dauernd fast unerträgliche Herausforderungen von Seiten der Insurgenten, die ein Interesse daran haben, daß die Deutschen wieder angreifen. Die Alliierten müssen ihre Vemühungen fortführen, um den deutschen Selbstschuh so wie möglich zurückzuhalten und sie müssen ausschließlich beschäftigt sein, an der Front die Feindseligkeiten zu verhindern. Nicht der deutsche Selbstschuh, sondern die Franzosen selbst bilden das Haupthindernis für eine dauernde Wölfung. Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind und offen ihrer Sympathie für den Aufstand

Kuddeus geben, sind auch für seine Hochbauer verantwortlich, da sie alles tun, um jede Aktion, die den Aufstand hegenden könnte, zu verzögern oder abzuschwächen. Dem Sonderberichterstattter wurde von italienischer Seite erklärt, die eignen Unterschiede in der Ansicht zwischen den Franzosen und den Führern der Aufständischen beständen darin, daß die Polen den Aufstand erst nach der Entscheidung des Obersten Rates über die neue Grenze wollten, während die Franzosen für ein früheres Vorschlagen gewesen seien. Der Aufstand wied nicht eben zu Ende gehen, als bis die Engländer und Italiener in der Internationalen Kommission die Vorherrschaft haben. Selbst ein britisches Armeekorps werde gegenwärtig keine Aenderung herbeiführen, denn augenblicklich würden britische Truppen dort hingezogen, wo die Franzosen sie haben wollen und wo sie höchst am wenigsten lästig sind.

Aus dem Reichstag

Berlin, 15. Juni.

Am Dienstag den 14. Juni nahm der Reichstag seine Arbeit wieder auf. Die Unabhängigen brachten gleich zu Beginn der Sitzung ihre Interpellation über die Errichtung des harten sozialen Landtagsabgeordneten Gesetzes ein. Sie wünschten bei der vor ihnen betonten Wichtigkeit des Gegenstandes eine möglichst beschleunigte Aufforderung der Regierung. Reichsbauernminister Dr. Gräduauer versprach baldige Beantwortung, erklärte aber, daß erst mit den Ländern eingeleitete Verhandlungen abgewartet werden müßten, da die Meinung bei der Behandlung des Interpellationsantrages nothwendig sei. Man darf wohl damit rechnen, daß die Interpellation frühestens am Donnerstag behandelt werden wird. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet eine Serie von 41 Anträgen. Das Geschäft der Beantwortung dauert zwei Stunden. Der Reichstag weiß während dieser Prozedur eine schmiedende Leere auf. Danach tritt das Haus in die zweite Verhandlung des Gesetzentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ein. Dazu nimmt als erster Reichsernährungsminister Dr. Hermes zu längeren eingehenden Ausführungen das Wort. Nach der Vorlage sollen im Wirtschaftsjahr 1921/22 aus dem Auslande drei Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufgebracht werden. Die Länder haben die Umlage nach ihrem durchschnittlichen Ertrag von 1906 bis 1920 aufzubringen. Von den Ländern ist die Umlage auf die Stammunalverbände und Gemeinden und von diesen auf die Erzeuger zu verteilen. Die Länder haften dem Reich für die rechtzeitige Lieferung. Die lebenswichtige Festsetzung ist jedoch vom Reichsrat gestrichen worden. Es war selbstverständlich, daß Reichsminister Dr. Hermes diese Dinge eingehend behandelte. Er hob hervor, daß auch im Wirtschaftsjahr 1921/22 der versorgungsberechtigten Bevölkerung die bisherige Mehl- und Brotmenge zu erschwinglichen Preisen sichergestellt werden müsse. Die Fortführung der Zwangswirtschaft biete dazu keinen geeigneten Weg. Sie wird von der Landwirtschaft und den verarbeitenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbraucherkreisen einmütig ablehnt. Außerdem beeinträchtige sie die Freude des Landwirtes an der Steigerung der Getreideproduktion. Sedoch könne eine Abgabe der Getreidebewirtschaftung gegenwärtig noch nicht verantwortet werden. Denn bei der Abgabe der Wirtschaft würde das Ziel, die Sicherung des bleibenden Bedarfs zu erschwinglichen Preisen, nicht erreicht werden. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle dem Weltmarktpreise anschließen und der Mehl- und Brotpreis würde sich noch den gegenwärtigen Einflusssphären des ausländischen Preises auf das zwei- bis zwanzigfache des bisherigen Preises erhöhen. Die Abgabe der Getreidebewirtschaftung könne erst erfolgen, wenn entweder die Zulandbeschaffung auf oder über den Friedenskond. gehoben sei oder wenn es gelingt, die Einfüsse der Reaktionen aus dem Auslande zu schützen. Das sei noch nicht der Fall. Darauf müsse für die Produktion das Steuer noch fest in der Hand behalten werden. Man sei deshalb zum Umlagesystem gekommen. Es bietet die besten Aussichten zur Erfassung des Zulandsgutreides. Der Minister geht ausführlich auf das System des Umlageverfahrens ein und besitzt vornehmlich, daß dabei auf die Haftung der Länder ohne Gefährdung der Umlageausführung nicht verzichtet werden könnte. Diese Überzeugung habe auch der Reichswirtschaftsrat geteilt, ebenso der Ausschuß des Reichstages und die Reichsregierung. Für die Rechte erklärte der Abt. Edler von Braun, daß sich seine Freunde von dem Umlageverfahren keinen Erfolg versprechen. Daß die Sozialdemokraten die Reaktionen würden, was zu erwarten; sie schwören auf Grammiche Methoden. Aber so viel steht einwandfrei fest, daß alle ihre Vorstellungen, die sie aus agitatorischem Bedürfnis bezüglich der Ernährungspolitik machen zu müssen glauben, niemals auch nur annähernd in Erfüllung geangen sind. — Abt. Schmidt (Mögenburg, Soz.): Kartoffeln und Fleisch können nicht als Varietäten herangezogen werden. Brot ist das einzige Nahrungsmitel, daß absolut nicht entbehrt werden kann. Die Sozialdemokratie hat die Zwangswirtschaft nicht verlangt. Sie ist aus nationalen Gründen eingeführt worden. Jetzt müssen wir die Beibehaltung der Zwangswirtschaft fordern, denn die geplante Umlage wird ihren Zweck nicht erfüllen. Gerücht müsse eine Steigerung der Produktion erfolgen, aber ich glaube nicht daran, daß es dabei ohne etwas Zwang abgehen wird. (Abal. rechts!) Diejenigen, die ihre Pflicht nicht tun, Ackerboden brauchen lassen, gegen die Pflanzenkrankheiten nicht vorgehen usw., müssen eben zu ihren Pflichten gewungen werden. Wenn die Spezies in die freie Wirtschaft noch nicht gewandt werden kann, dann muß das Nötige durch Gesetz erachtet werden. Dazu reicht aber die Vorlage nicht aus. In den Städterwerbstaxen für die Verbrauchsregelung müssen auch Arbeitervertreter sitzen. Der Widerstand der Reichen gegen den Achtstundentag ist nicht berechtigt. Im Auslande erreicht man für die Arbeiterschaft ähnliche Erfolge. Unsere Arbeiterschaft ist aber hier, mit der Landwirtschaftlich, in dieser Frage zu verhindern.

Landwirtschaft noch in dieser Frage zu verständigen.  
Die Beratung dieser Materie wird nunmehr abgebrochen und der Gesetzentwurf über die Gewährung von Verhältnissen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung ohne Debatte an den Sozialen Ausschuss überwiesen. Schluss gegen 6.30 Uhr.

**Tie Verhandlungen Rathenau mit Louchard**  
(Eigenes Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 13. Juni. Minister Dr. Rathenau ist gestern wieder in Berlin eingetroffen. Im Reichstagssaal traf nachmittags das Kabinett in einer Sitzung zusammen, an der sich auch die Wiederaufbauarbeiten mit Louchard.

Berlin, 14. Juni. Von zuständiger Stelle erfahren wir: Die Verhandlungen zwischen den Ministern Rathenau und Louchard wurden gestern vormittag und nachmittag in Wiesbaden fortgesetzt und zwar nur zwischen den beiden Ministern persönlich ohne Beteiligung von Sachverständigen. Der Inhalt der gestrigen Besprechung war, ein Arbeitsprogramm aufzustellen, das die verschiedenen Fragen der Schaffung, Arbeitsleistung und Finanzierung grundsätzlicher Vereinbarung entgegenführen soll. Die Einzelverhandlungen werden deutscherseits von der Regierungskommission in Paris geführt werden — Beiderseits ergaben die Verhandlungen die entschiedene Absicht, ein beschleunigtes Tempo der Arbeiten herbeizuführen und Deutschland an den Wiederaufbauarbeiten in erheblichem Maße zu beteiligen. Beide Minister haben gestern abend Wiesbaden verlassen.

Paris, 14. Juni. Im heutigen Ministerkabinett hatte Minister Louchard über seine Zusammenkunft mit Dr. Rathenau Bericht erstattet. Wie der "Tempo" mitteilte, ist zwischen den Ministern vereinbart worden, daß sich Sachverständige am Freitag den 21. Juni in Paris zusammenfinden, um ein neues endgültiges Wiederaufbauprogramm zu verabsiedeln. Der "Tempo" schreibt: Der französische Minister für die betroffenen Webleute sei sehr bestrebt über diese erste Beratung. Er habe in seinem deutschen Kollegen einen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen sehr unterrichteten Mann kennen gelernt, der den austroßigen Wunsch habe, zu einem Ergebnis zu gelangen, und mit vollkommener Offenheit spreche. Die Fahrzeuge in natura können anscheinend ein Fünfzehntel der Zahlungen in Gold nicht überschreiten. Die Beratungen hätten nur den Zweck gehabt, zu prüfen. Minister Louchard habe Rathenau eine Anzahl Fragen vorgelegt, über die er nachdenken solle, um am Tage der Wiederaufnahme der Verhandlungen bestimmte Antworten erteilen zu können.

Paris, 14. Juni. Reichsminister Dr. Rathenau hat dem Mitarbeiter des "Matin" seine Genehmigung über den guten Willen Louchards zum Ausdruck gebracht. Ein einziges Blatt sagt, daß Rathenau die ganze Wiederherstellung so sieht als ein Geschäft und weniger als eine deutsche Verpflichtung aussäße. "Le Peuple" hält Rathenau für viel bedeutender als Louchard, der sofort beschuldigt wird, den Wiederaufbau hinauszögern. Der "Populaire" glaubt, daß Hilfe durch deutsche Arbeitskräfte und Material unbedingt notwendig sei. Rathenau soll die schwache Stellung des deutschen Kabinetts anerkannt haben. Verschiedentlich warnt man hier dagegen, ihm gar zu weit entgegenzukommen.

London, 14. Juni. Der Pariser Berichterstatter des "Manchester Guardian" schreibt über die Zusammenkunft Rathenau und Louchard, wenn das furchtbare Hindernis "Oberschlesien" überwunden werden könnte, dann wäre es nicht voreilig, zu erwarten, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege sich endgültig in der Richtung eines wirklichen Friedens mit seinem geschlagenen Nachbarn bewege.

London, 15. Juni. Der Oberste Rat wird auf Ersuchen Louchards wahrscheinlich Rathenau einzuladen, seine Pläne persönlich oder durch seinen Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates weiter zu erörtern. Louchard habe von den Vorschlägen Rathenau einen sehr guten Eindruck erhalten, der allen Wert darauf lege, die Pläne durch Rathenau oder in seinem Namen nochmals unterbreiten zu lassen, damit sie geprüft werden können. In Londoner Geschäftskreisen erblüht man in diesem unerwarteten Schrift den Beweis, daß nun endlich kommerzielle und wirtschaftliche Auffassungen sich Kahn brechen.

**Eine Bedingung für Deutschlands Zahlungsfähigkeit**

Berlin, 14. Juni. Während seines Besuches in Deutschland hat Oberst House in einer Unterredung mit dem hiesigen Vertreter des "Wall Street Journal" Kongreß sich über die Frage geäußert: Wird Deutschland an die Alliierten zahlen wollen und können. House verweist in seinen Ausführungen darauf, daß zahllose Absonderungen bei der Vollständigung der dieser Frage von Bedeutung seien. Trotzdem glaubt House, daß Deutschland unter den bestehenden politischen Verhältnissen zu zahlen bereit ist und leisten kann. Er führt u. a. an, eine Bebindung für Deutschlands Zahlungsfähigkeit sind darüberhaupt keine Regierungen in Frankreich und Deutschland. Tantum in Deutschland ein Kabinett im Amt bleibt und mit Erfolg arbeiten kann, ist es notwendig, daß es Ergebnisse vorzuweisen vermag, die den Reichstag ermutigen, es im Amt zu lassen. In dieser Beziehung können Frankreich und Großbritannien Deutschland unterstützen.

**Tirard gegen Tirard**

Wiesbaden, 14. Juni. Der französische Oberkommissar der Rheinländer hat hier in Gegenwart der Minister Louchard und Tirard die französische Konsolidierung mit dem übrigen militärischen Komplex eröffnet. Obwohl die rheinische Bevölkerung zur Ausstellung geladen war, waren die Franzosen und ihre Freunde unter sich. Das ist zweifellos ein Erfolg, den die Veranstalter der Ausstellung, die Alliance Française, nicht erwartet hatten. Denn der Zweck der Ausstellung sollte doch gerade der sein, unter dem Scheine des Kulturkampfes der französischen Propaganda zu dienen und auf die rheinische Bevölkerung im französischen Sinne einzumachen. Allerdings sagte Tirard in seiner Ansprache, Frankreich habe keine dunklen Absichten auf das Rheinland. Demgegenüber muß aber erklärt werden, daß dasselbe Tirard in seinem Buche über die französische Rheinlandspolitik behauptet, daß er nur dem Widerstand Wilsons zuschreibe sei, daß der Rhein nicht Frankreichs Grenze wäre. Dasselbe Tirard, der weiter hervorgehoben hat, daß Frankreich alles tun müsse, um während der Zeit der Besetzung das Rheinland auf seine Seite zu bekommen, um nach Jahren das Ziel zu erreichen, daß Frankreich von Anfang an faktisch das Rheinland gehabt hat. Dieser Absatz dient auch die französische Kulturpropaganda, die schon aboral die bildende Kunst in ihre Dienste gestellt hat und zwar in Saarbrücken und in Saarbrücken, in beiden Fällen allerdings mit negativem Erfolg, so daß man zwei Jahre gebraucht hat, um jetzt in Wiesbaden diesen Versuch zu wiederholen.

**Saarlohlen für die österreichischen Staatsbahnen**

Saarbrücken, 14. Juni. Aus dem Rohstoffbericht der Saarbergwerke, die bekanntlich zum Erzberg der im Kriege zerstörten nordfranzösischen Gruben an Frankreich übergeben wurden, werden nunmehr an österreichische Staatsbahnen im Juni, Juli und August je 30.000 Tonnen abgegeben werden. Da infolge der von Deutschland aus dem Nahostkrieg gelieferten Reparationszahlungen in Frankreich Rohstoffmangel herrscht, hat Frankreich für die Saarkohle keine Verwendung. Die Saarbergwerke schließen deshalb einen großen Teil der geforderten Kohle auf die Halden, legten Heizwärmespeicher ein und nahmen Betriebs einschränkungen vor. Der Versuch Saarkohle für Deutschland zu erlangen scheiterte, da Frankreich für die Lieferung nach Süddeutschland kostspielige Stückpreise in gleichen Mengen beanspruchte, während Deutschland diese Lieferungen bezahlen sollte. Auf dieses Verlangen konnte Deutschland nicht eingehen, da nachweislich von Frankreich hochwertige Reparationszahlungen an das Ausland weiter verlaufen wurde. So erstaunt die Tatsache ist, daß ein Teil der Saarkohle jetzt indirekt dem deutschen Volke zugute kommt, so handelt es sich doch um etwa eine Tagesförderung im Monat, die also eine wesentliche Sicherung der wirtschaftlichen Lage der Saarbergwerke nicht bringen werde. Während also die Bergwerke an der Saar infolge Nachmangels für Saarkohle noch immer heimliche Verfahren müssen, leidet die deutsche Wirtschaftslage fühlbar unter Kohlemangel.

# Die Berliner Bonifatius-Tagung

Berlin, 14. Juni.

In diesen Tagen beginnt die kirchliche Delegaturtagung Berlin eine selte Jubiläumsfeier, das Fest ihres 100-jährigen Bestehens. Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Petrus, war selbst nach Berlin geeilt, um inmitten der Geistlichkeit und der Gläubigen dem Fest besonderen Glanz und besondere Weile zu verleihen. Eröffnet wurde die 100-Jahre-Feier der kirchlichen Delegatur durch ein feierliches Pontifikalam in St. Hedwig, der Propsteikirche Berlins und der erstmals gebauten katholischen Kirche der Reichshauptstadt seit der Glaubens trennung. Der hohe kirchliche Würdenträger brachte in eigener Person unter Leitung des fürstbischöflichen Delegaten Prälater Deitmer, des Delegatssekretärs Dr. Vanasch und des Prästers von St. Michael Kaller in Gegenwart der Pfarrgemeinde St. Hedwig das hl. Opfer dar. Am Abend des Sonntags fand die große Begeisterungsfeier im Festsaal von St. Hedwig statt. Aus allen Gemeinden der Delegatur Berlin waren Vertreter herbeigeeilt, die Geistlichkeit war überaus zahlreich vertreten, ebenso viele führende Persönlichkeiten im katholischen Leben der weiten Delegatur. Von Parlamentariern waren erschienen der Vorsitzende der Bentzinschaft des preußischen Landtages, Vizepräsident Geheimer Justizrat Dr. Vorlich, Unterstaatssekretär Wilhelm an und die beiden Bentzinschaftsgeordneten für Berlin, der Reichsabgeordnete Dr. Fleischer und der Landtagsabgeordnete Dr. Fassbender. Der Chor von St. Hedwig unter Leitung seines Dirigenten Herrn Organist Kalt verschante die Feier. Der Delegat Prof. Deitmer begrüßte die Gäste. Er hob dabei hervor, daß in Verbindung mit der 100-Jahre-Feier in Berlin eine Bonifatiusvereinstagung veranstaltet werde. Er freut sich darum, den zweiten Vorsitzenden des Bonifatiusvereins, Herrn Weihbischof Höhling von Langenau, und den Vorsitzenden des Bonifatiusvereins der Diözese Breslau, Kanonikus Professor Dr. Nadel Breslau, begrüßen zu können. Ansprochen wurden gehalten vom Fürstbischof Kardinal Petrus, der vornehmlich allen den Delegaten seinen Dank ausdrückt, die jemals in der Delegatur gewaltet haben, vor allem dem Prälaten Dr. Kleineidam und dem gegenwärtigen Amteswalten Delegaten. Denn er trage ein schweres und verantwortungsvolles Amt auf seinen Schultern, das viel Voraussicht erfordere und manche ernste Sorgen mit sich bringe. Weihbischof von Höhling Paderborn sprach sodann einige Worte des Dankes an den Kardinal für die gütige Einladung und einige Worte der Freude darüber, daß auch der Bonifatiusverein in der Hauptstadt geholt werde und zu Worte komme. Kanonikus Professor Nadel spricht über die Arbeit des Bonifatiusvereins in der Diözese Breslau und in der Delegatur. Der Schluss bildet ein Ueberblick über die Geschichte der Delegatur, der in ausgezeichneter Weise von fürstbischöflichen Delegaten Deitmer gegeben wird.

Der zweite Tag sah eine würdige Einleitung durch ein feierliches Pontifikal-Messamt in der Kirche von St. Hedwig.

Danach fanden nach einer kurzen Pause im großen Gemeindesaal von St. Hedwig eine Reihe von geschlossenen Versammlungen statt, in denen wichtige Fragen besprochen wurden. Der Weihbischof von Höhling Paderborn sprach über "den Bonifatiusverein, seine Aufgaben und Notwendigkeit seines weiteren Ausbaues." Er hob darin vornehmlich das Zusammenschließen der fürstbischöflichen Gehörde mit dem Bonifatiusverein hervor, wodurch das große Werk mit dem Ziel des Aufbaus des katholischen Lebens gelungen sei, ein Werk, auf das das katholische Deutschland mit unzähliger Freude und herzlicher Freude hinzublicken in der Lage ist.

**Der Fluch des Saargebiets**

Köln, 13. Juni. Mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Saargebiets beschäftigt sich in einem gut orientierten Artikel die Rheinische Zeitung. Sie unterstreicht darin, daß der Fluch des Saargebiets, der es nicht nur wirtschaftlichen Schaden bringt, der französische Franken ist. Sie deutet weiter die dünnen Wege an, die zur Einführung der Frankenvährung führen und stellt zum Schlusse ausdrücklich fest, daß einer allgemeinen Einführung nicht nur der Friedensvertrag im Wege steht, sondern auch der Umstand, daß das Haupthaupthebiet des saarländischen Handels und der Saarstaat Deutschland sei. Wie der Zustand jetzt sei, kommt das Saargebiet aus den wirtschaftlichen Kämpfen nicht heraus. Dem Fluch, mit dem es beladen sei, dankt es denjenigen, die zuerst die Einführung des Franken propagierten.

**Die Einsiede in das besetzte Gebiet**

Frankfurt a. M., 14. Juni. Das deutsche Publikum hat heute mehr denn je die Pflicht, dem schwerbedrängten Rheinland seine Teilnahme und brüderliche Angehörigkeit nicht nur durch leere Proteste, sondern durch Taten zu beweisen und zu diesem kommt in erster Linie der Besuch der durch die Besetzung ohnehin schwergeschädigten, zudem vorwiegend auf den d. h. fremden Gewerbe angewiesenen rheinischen Väter. Die zur Einsiede erforderlichen Formalitäten sind zu dem einfacher als allgemein angenommen wird. Erforderlich ist lediglich ein bei der Ortspolizei des Wohnortes erhältlicher Verhältnissausweis, d. h. ein Lichtheld des Reisenden enthalten muß. Eine Kontrolle an der Grenzstation findet nicht statt.

**Zusammenkunft der Finanzminister der Entente**

London, 14. Juni. Neuert meldet aus Rom, daß der italienische Finanzminister heute abends nach London zur Teilnahme an der Konferenz der Finanzminister der Entente absessen werde.

**Annahme der Resolution Portier**

Washington, 13. Juni. Das Repräsentantenhaus hat mit 805 gegen 81 Stimmen die Entschließung Portier angenommen, die den Kreislauf mit Deutschland und Österreich beendet, ohne wie die Entschließung Knag die Auseinandersetzung zu widerrufen. Die Angelegenheit geht nun an den Verhandlungsausschuß beider Häuser.

Im Repräsentantenhaus stimmten 49 Demokraten und 1 Republikaner gegen die Resolution Portier. Einer der Unterschiede zwischen der Resolution Portier und der Resolution Knag ist der, daß die letztere den Vereinigten Staaten ausdrücklich alle Rechte vorbehält, die sie auf Grund des Wasserschlusses erworben haben, und bestimmt, daß das beschlagwahnte deutsche und österreichische Eigentum solle beschlagwahnt bleiben, bis die Verträge in beiden Ländern ratifiziert sind. Depeschen aus Washington besagen, es werde genaue Zeit dauern, bis der Verhandlungsausschuß beider Häuser über eine endgültige Fassung der Friedensresolution sich geeinigt haben werde. — "American Herald" meldet aus Washington, wenn die Herstellung des Vertrages des Verhandlungsausschusses sich lange verzögere, so prophezeien mehrere Republikaner, daß als nächster Schritt über einen Friedensvertrag hauptsächlich kommerzieller Natur mit Deutschland verhandelt werden würde.

**England und die Kriegsprozesse**

London, 14. Juni. Im Unterhaus erwiderte gestern auf eine Anfrage hinsichtlich Freiheitsspruch des U. S. Com. Kommandanten in Leipzig der Generalstaatsanwalt Gordon Woodward, daß die deutschen und englischen Gesetze verschieden seien. Nach dem deutschen Gesetz sei eine volle Entschuldigung, wenn jemand unter höherem Befehl gehandelt habe. Dies sei nicht der Fall nach englischem Gesetz, wo jeder Beteiligte verantwortlich sei.

**Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland**

Paris, 14. Juni. Nach Meldungen, die die Chicago Tribune aus Washington erhielt, betrug die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland zwischen dem Juli 1920 und dem April 1921: 280 Millionen Dollar gegen 181 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Auch die Einfuhr ist mit 81.800.000 Dollar auf 77 Millionen für die angegebene Zeitperiode von 1920 bis 1921 gestiegen.

Dank gebührt all den treuen Männern und Frauen, die an diesem Riesenwerk mitgeholfen haben. Dank gebührt auch der katholischen Presse, die sich Jahrzehntelang mit allem Elter in den Dienst dieser Diäpvorstrafen gestellt habe. Es spricht weiter über Fragen der Organisation und gibt dabei seinen freudigen Ausdruck über den großzügigen Plan, im Bezirk der Pariser Berlin-Schöneberg vom Bonifatiusverein aus ein Studiengymnasium zu errichten. Es geht des näheren auf die kommenden Schulverhältnisse ein und ermahnt das katholische Volk gerade nach dieser Richtung hin die Augen offen zu halten. Pfarrer Dr. Viontel gesellte sodann "Die besonderen Ausgaben des Bonifatiusvereins in der märkischen und pommerschen Diäpvorstrafen" zusammen. Hauptaufgabe des Bonifatiusvereins in Berlin sei es, dahin zu wirken, daß der Kontakt zwischen Seelosger und Gemeindemitglied enger gestaltet werde. Nach einer mehrstündigen Mittagspause reservierte zu Beginn der Nachmittagssitzung zunächst der Vorsitzende der Berliner Bingen-Vereine Professor Büttner über "Bonifatiusverein und Polizei". Die berühmte Konferenz für Geistliche behandelt Erzieher Wahl-Straßburg das Thema: "Wie errichte ich ein Bonifatiusverein und wie erhalten ihn am Leben?". Am Montag abend fand sich das katholische Berlin im Saal der Philharmonie zu einer gewaltigen Kundgebung zusammen. Die Zahl der aus ganz Groß-Berlin herbeigekommen Menschenmasse war so groß, daß der große Saal der Philharmonie wegen Überfüllung schon vor 8 Uhr geschlossen werden mußte. Es fand darum eine Parallelversammlung im Beethoven-Saal statt. Unter den Ehrengästen fand man u. a. den früheren Reichslandrat Fehrenbach und den ersten Bischöflichen Abgeordneten Dr. Vorlich. Als erster sprach Pfarrer Löschberg Charlottenburg über das Thema: "Wie können die einzelnen Vereine am Bonifatiuswerk mitwirken?". Nach ihm zeichnete Fürstbischof Kardinal Petrus V. das Leben des hl. Bonifatius, wie er uns Vorbild sein soll im Eintreten für die Kirche, für die Reinheit des Glaubens und der Familie sowie im treuen Hafthalten an dem hl. Vater. Als letzter nahm Reichslandrat Dr. Fleischer das Wort zu einem Werku an das katholische Deutschland. Sein Thema lautete: "Bonifatiusarbeit in Wiederaufbau". Er wies darauf hin, daß auf der Lebensarbeit eines Bonifatius sich die ganze christliche Gesellschaftsordnung des Mittelalters gründet, die an die Stelle der zusammengebrochenen Antike getreten sei. Heute brauchen wir wieder eine Erneuerung der christlichen Gesellschaftsordnung, die das neue Heidentum ersehen muß. Nur durch Entzagung und Opferarbeit kann das Vaterland wieder aufgebaut werden. Bonifatiusgeist muß uns wieder beherren, dann wird es möglich sein, eine dem Volkswohl nützende Erzeugung neu zu schaffen. Die Jugendkraft der katholischen Kirche ist heute noch so ungebrochen wie damals, als sie aus den Karthäusern ausging, um gebrüderlich, als Winfried seine Arbeit begann. Wir brauchen darum nicht zu verwirren, denn der hl. Bonifatius lebt. Er steht am Throne Gottes und wird uns nie vergessen. Verschönt wurde diese gewaltige Kundgebung durch Vorträge des Kirchenhofs von St. Hedwig und durch zwei Soli des Herrn Kammerlängers Cornelius-Brons gezeigt von der Singgruppe. Da sich auch der Beethoven-Saal als noch zu klein erweisen hatte, wurde für eine dritte Versammlung der große Saal des nahen Gefallenhauses bereit gestellt. Diese gewaltigen Massenversammlungen der Groß-Berliner Katholiken müssen beweisen, daß unsere Weltanschauung und unsere Religion den Kampf siegreich bestehen wird gegen alle Mühe, die sich im Weg stellen.

**Frankfurter Vereinbarung mit Korinth**

London, 14. Juni. Die Times berichtet, daß am 11. Juni Korinth mit dem französischen General Gouraud eine Unterredung stattgefunden habe, in der sich vereinbart worden, daß die Polen am 14. Juni das Gebiet von Gleiwitz zu räumen, während die Deutschen am 15. Juni Annaberg verlassen und sich über die Oder zurückziehen sollen. Die Insurgenten würden ihre Rückzugsbewegung fortsetzen, wenn die Internationale Kommission eine Amnestie für alle am Aufstand Beteiligten erlaße. Ferner sollen die deutschen Truppen bis zum 22. Juni aufgelöst werden, mit Ausnahme der Polizei in den Städten.

**Die Auflösung des deutschen Selbstschutzes**

(Eigenes Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")  
Breslau, 15. Juni. Der Breslauer-Ausschuß der deutschen Partei in Oberschlesien begab sich gestern zu General Verdon, um ihm die bereits bekannten Bedingungen für die Auflösung des Deutschen Selbstschutzes zu überreichen. Verdon forderte daran die Räumung des Annabergs, einer für den Deutschen Selbstschutz militärisch außerordentlich bedeutsamen Stellung, deren Eröfung viel tapferes deutsches Blut gekostet hatte. Nach genauer Prüfung kam der Breslauer-Ausschuß zu dem Besluß, daß für die Eräumung des Annabergs nicht bestand, und daß die Forderung des Generals Verdon daher nur ein sichtbares Entgegenkommen gegenüber den Insurgenten bedeute. Aus diesem Grunde hat der Breslauer-Ausschuß und der Führer des Selbstschutzes General Höser diese Forderung abgelehnt. Aus der Tatsache, daß die Polen überall den Rückzug eingestellt haben, läßt sich mit Bestimmtheit schließen, daß General Verdon mit der Räumung des Annabergs eine Bedingung der Insurgenten erfüllen wollte. Wie aus zweifelhafter Quelle verriet, trifft Korinth heute, Mittwoch, wiederum in französischer Uniform in Oppeln ein, um mit General Verdon zu verhandeln.

Oppeln, 14. Juni. Die Kunde von der Einleitung von Verhandlungen mit der Internationellen Kommission über den angeordneten Rückmarsch des deutschen Selbstschutzes haben die oberschlesischen Bevölkerung sehr erregt. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Regierung hier ganzlich versagt hat. Von verschiedenen Seiten wird offen für eine Trennung von Berlin agitiert. Man erläutert, beim Reich zu bleiben, aber nichts mehr von den Berliner Städten wissen zu wollen, die vitalen Interessen des Oberschlesiens aus der Partei und verlässt. Diese Auffassungen finden Rückhalt in den Nachrichten über die Lage des deutschen Selbstschutzes. Seit fünf Wochen befinden sich die Mitglieder des Selbstschutzes an der Front, ohne abgestellt zu werden. War früher von allen Seiten Freiwillige herzuholen, so werden an der Grenze des Abstimmungsgebietes aufgeholt. Jeder, der nach Oberschlesien kommenden Flüchtlinge werden kontrolliert und verdächtige Personen ohne weiteres abgeschoben.

**Hastenlassung des Grafen Oppendorff**

(Eigenes Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")  
Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung des Journals aus Oppeln ist der bekannte Graf Franz Oppendorff im vergangenen Monate von den deutschen Behörden verhaftet und zunächst in Rethondes, dann in Oberslagsau interniert worden. Auf Besuch der internationellen Kommission in Oppendorff liegt in Sicherheit gestellt und soeben in Oppeln eingetroffen.

**Mord**

**Japan und Amerika**

**London, 14. Juni.** Der Sonderberichterstatter der "Morning Post" meldet, daß Japan den Vereinigten Staaten Kabelprivilegien auf der Insel Yap angeboten habe. Es verlautete ferner, daß Japan den Wunsch habe, die Frage der Insel Yap durch Verhandlungen mit Amerika zu regeln und nicht von dem Obersten Rat entscheiden zu lassen.

**Der Papst zum Palästinaproblem**

**Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")**  
Berlin, 15. Juni. Nach einer Stefani-Werbung vor der Post in einem Geheimkonsistorium der Beurteilung über die Tätigkeit der Juden in Palästina Ausdruck verließen. Es wurde befürchtet, den armen Bewohnern dieses Landes Hilfe zu leisten, aber seine Mittel seien beschränkt. Er klagt das Übergewicht der Juden in den heiligen Stätten der Christen und bittet die Regierungen, bei den Völkerbund-Schritte zu tun, der die Regelung des englischen Mandats in Palästina zu prüfen habe.

**England und Mesopotamien**

**London, 14. Juni.** Unterhaus. Bei der Einbringung eines Eingangungsgeklags für den mittleren Osten führte Eduard von der aus, Geschäftsmänner müßten seine Verpflichtungen als Mandatsträger in Palästina und Mesopotamien einlösen. Er hoffte indessen, daß eine Einschränkung der Ausgaben für diese Region notwendig sei. Die Regierung sei entschlossen, ihre dortigen Streitkräfte einzuschränken. Die vorläufige Einheitsregierung, die gegenwärtig in Mesopotamien besteht, soll im Laufe des Sommers durch ein Parlament und einen arabischen Herrscher ersetzt werden. Der Emir Fejhal sei davon unterrichtet worden, daß seiner Kandidatur für den Thron von Mesopotamien kein Hindernis in den Weg gelegt werden soll und daß er von britischer Seite Unterstützung erhalten werde. Schon werde etwa in zehn Tagen in Mesopotamien ankommen.

**Preußens politische Lage und nächste Aufgaben**

**Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")**

**Berlin, 15. Juni.** Die "Germania" beruft in der Abendausgabe eine Unterredung, die ihr Chefredakteur Dr. Hommerich mit dem preußischen Ministerpräsidenten Siegerwald gehabt hat und die sich nicht nur mit den augenblicklichen politischen Lageverhältnissen befaßte, sondern die auch in ziemlich eingehender Weise über die nächsten Entwicklungen in Preußen und Rücksicht gäbe. Es ist bekannt, daß die Mehrheitssozialdemokratie, die sich soeben über ihre eigene wirtschaftliche Taktik bei der Regierungsbildung in Preußen nicht beruhigen kann, und durchaus noch einem anderen Südenboden nach, um sich vor sich selbst zu entzündigen, seit einiger Zeit eine scharte und unergründliche Macht gegen den preußischen Ministerpräsidenten Siegerwald reizt. Umso mehr ist es jetzt zu begrüßen, daß Siegerwald mit erstaunlicher Offenheit dem Chefredakteur der "Germania" gegenüber Auskunft über den Stand der Dinge gegeben hat. Nach einer kurzen Erklärung der durch das Ultimum geforderten Lage und der sich daraus ergebenden Folgerungen ist die Auflösung der von uns verlangten Summe somit Siegerwald schließlich auf die Frage der Umbildung der preußischen Regierung. Nach seiner Meinung ringen zwei Parteien mit einander: von der einen Seite werden mehr die Nationalsozialisten in den Mittelpunkt der inneren Politik gestellt, auf der anderen Seite werden mehr die parteipolitischen Strömungen als Ausgangspunkt der innerpreußischen Politik angesehen. Die letztere Seite geht von einer formalistisch-demokratischen Denkwelt aus, die andere von den tatsächlich politischen Realitäten und Möglichkeiten. Mit formalistischen Begriffen sei bei der Komplexität des politischen Lebens in Deutschland keine Politik zu treiben. In Ablösung der politischen Realität habe die jegliche preußische Regierung noch eine stärkere Stellung als eine Regierung auf dem Boden der alten Koalition. Siegerwald erläutert an deutscher Auseinandersetzung zu haben, daß er sie eine Regierung mit einer noch stärkeren Position in jedem Augenblick zu haben sei, für eine Regierung aber, die bei den normalen Verhältnissen der Gegenwart noch nicht wie diejenige auf politischen Stellen gehen müsse, gebe er sich persönlich unter keinen Umständen her. Dann kommt schließlich Siegerwald auf die nächsten Aufgaben Preußens zu sprechen. Diese seien im einzelnen folgende: 1. Nachdrückliche Sicherung der Produktivität der Landwirtschaft durch Verbesserung der Bodenverhältnisse, Vermehrung der Aushilfen, Schaffung geeigneter Siedlungen und allgemeine Hebung der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktes. 2. Die Balancierung des Staatshaushalt. Dieses Ziel wird nicht erreicht sein ohne eine ertragreiche Grundsteuer. 3. Die dritte große Aufgabe Preußens liegt in der Durchführung der Verwaltungsreform. Allein dieser drei Aufgaben lasse sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Preußen durchführen gegen den geschlossenen Widerstand der beiden Reichsparteien. Weiterhin erhält der Ministerpräsident mächtlich: Ich bin seinerzeit gegen die Sozialdemokratie zum Ministerpräsidenten gewählt worden und kann, wenn ich auch in der Zukunft als anständiger Mensch und Politiker gelten will, jetzt nicht ohne neuen Wahlabsatz mit der Sozialdemokratie die Regierung führen. Es bleibt, nachdem der politische Karten so fortgeschritten ist, nichts anderes übrig, als daß von dritter Seite in der Frage der preußischen Regierungsumbildung die Initiative ergriffen wird, und diese Seite wird von mir durch Rats- und Landtag ihre Unterstützung finden. Von Rennhakon verspricht sich Siegerwald nichts, denn sie würden in der politischen Gesamtstimmung im Reich und in Preußen nichts ändern. Erzielt werden würde lediglich, daß das außenpolitisch entscheidende Vertrauen zu Deutschland wieder zurückkehrt und innerpolitisch das deutsche Volk anstatt einander näher gebracht durch einen Wahlkampf sich gegenwärtig nur noch mehr entzweit würde.

**Ein Befreiungsantrag zu gunsten der schlesischen Stände**

Die Befreiungsfaktion des Landtages hat folgenden Antrag eingebracht: "Der Landtag wolle das Staatsministerium dahin zu vertragen, daß am 1. Juni erfolgte ungeheure Steuererhebung auf den Eisenbahnen baldmöglichst wieder auf einen erträglichen Stand herabgesetzt wird, da sonst entweder neue Bodensteuern unvermeidlich sind oder weitere lebenswichtige Industriezweige die notwendigen Arbeitskräfte entzogen werden. Es andererseits die Ausgaben für Erwerbsloseunterstützung ins ungemeine gestiegen werden müßten."

**Prozeß Högl**

**Berlin, 14. Juni.** Im Prozeß Högl kam es heute zu einem Zustimmungstakt zwischen dem Angeklagten und dem Verteidigungskomitee und dem Vorsitzenden andererseits. Der Vorsitzende wollte nicht anfangen, daß der Angeklagte mit seinen Ausführungen sich an den Zuhörerkreis wendete. Der Angeklagte war aber nicht zum Schweigen zu bringen und erging sich in Angreifen gegen den Verteidiger, bei denen er von seinem Verteidiger Lenywitsch unterdrückt wurde. Blanke entstand erst wieder, als der Vorsitzende die Ewigkeit für geschlossen erklärte und den Saal räumen ließ.

**Die parteipolitische Ausschlachtung der Ermordung des Abgeordneten Garcis**

Es ist im Lager der radikalen Linken zu ganz mißwürdigen Vorwürfen geführt. Es ist recht bezeichnend, daß die Rechtsradikale und dem Vorsitzenden andererseits. Der Vorsitzende wollte nicht anfangen, daß der Angeklagte mit seinen Ausführungen sich an den Zuhörerkreis wendete. Der Angeklagte war aber nicht zum Schweigen zu bringen und erging sich in Angreifen gegen den Verteidiger, bei denen er von seinem Verteidiger Lenywitsch unterdrückt wurde. Blanke entstand erst wieder, als der Vorsitzende die Ewigkeit für geschlossen erklärte und den Saal räumen ließ.

foll. In den Mahnungen dieser aufsehenerregenden Agitation hört auch die Hörer der Linkspresse, auch die sozialdemokratischen Kreise gegenüber den Vorwürfen der "Industriellen Polizei" aus Anlaß der Demonstration bei der Freiheitssitzung des Abgeordneten Garcis. Man spricht hier von Bravotaten und dergleichen. Aber gerade, wenn es darum zu tun ist, daß die das ganze Reich auf das tiefste berührende Krise der Entwicklung der bayerischen Einwohnerbewegung nicht durch Störungen in ihrer Lösung gehemmt wird, müßte es mit Kenntnis begreifen, daß die bayerische Regierung alles tut, um Dinge zu vermeiden, von denen man sehr wohl weiß, wie sie anfangen, aber nicht, wie sie enden.

**Anfrage im bayrischen Landtag**

**München, 14. Juni.** Im Landtag haben die Abgeordneten Raumann und Genossen (NSDAP) folgende Anfrage eingebracht: Durch terroristische Gruppen werden seit längerer Zeit Attentate auf Abgeordneten des Bayerischen Landtags verübt, die im Falle des Abgeordneten Garcis zum Morde geführt haben. Was hat die Staatsregierung getan, um das Treiben dieser Gruppen zu unterbinden oder was gedient sie in Zukunft zu mir? Angleichend hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das Präsidium des Landtags einen Antrag gestellt, lobab als möglich die Überprüfung einzubringen und die Anfrage auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu legen. Am Dienstag nachmittag hat sich die sozialdemokratische Fraktion versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Wie die Bäder weitermachen, bestätigte die Würdigung, die Ermordung des Abgeordneten Garcis auch gegenstand eines parlamentarischen Vorgehens zu machen.

**An unsere Abonnenten!**

Im Interesse einer geregelten Zustellung der Sächsischen Volkszeitung bitten wir diejenigen unserer Zeicher, die ihr Abonnement für das 3. Quartal 1921 noch nicht erneuert haben, es umgehend bei der nächsten Postanstalt zu tun. Ebenso bitten wir um genaue Angabe, ob Ausgabe A (mit Beilage) vierteljährlich 12.75 M. oder Ausgabe B (ohne Beilage) vierteljährlich 11.25 M. gewünscht wird.

**Sächsischer Landtag**

**Dresden, 14. Juni.** Präsident Kräbber teilte nach Eröffnung der heutigen Sitzung mit, daß die preußische Regierung nach Überreichung einer Anfrage der kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtages wegen Mißhandlungen der Ausländer im Raumwege darauf mitgetreten habe, daß sie ohne Namensnennung der betroffenen weitere Erörterungen nicht anzutreten vermöge. Die Kommunisten beflehten die Mittelung mit höhnischen Zusätzen. Weiter teilte der Präsident mit, daß die Regierung ihre Vorlage wegen Verlegung der Hochschule die Thomanus-Gang abgelehnt habe, daß diese Ansicht schon des Vorexen widerlegt werde, ist, um es doch befremden, daß der Minister in einer Verkündigung christlicher Eltern, die das Prinzip der Erhaltung der Religionsfreiheit auf ihre Tochter gebracht hatte, interkonfessionelle Streitigkeiten herausbeschwert. Daß die sächsische Schule von selbst erlangt habe. Die weltliche Schule, die oft als neutrale Schule bezeichnet wird, sei ebenfalls eine Weltanhängerin, indem sie den Unterricht religiöses geprägt. Die Religionsfreiheit müsse für alle denken, dann nur so lange die Charakter des Religionsfreiheit nicht gewahrt bleiben.

Zu seinen weiteren Ausführungen wendet sich der Redakteur gegen das Judentum, welches nach seiner Ansicht die Kinder im Stiche gelassen habe in der Hoffnung, daß der Protestantismus Niederlage am Niedergang erleide, um dann den Nationalismus als Retter aus den Trümmern erscheinen zu lassen.

Ganz abgesehen davon, daß diese Ansicht schon des Vorexen widerlegt werde, ist, um es doch befremden, daß der Minister in einer Verkündigung christlicher Eltern, die das Prinzip der Erhaltung der Religionsfreiheit auf ihre Tochter gebracht hatte, interkonfessionelle Streitigkeiten herausbeschwert. Daß die sächsische Schule, wo Einigkeit als wichtigster Wert zu gewahren ist, ganz abzweichen von der Konfession, die den derartigen Ausschreibungen, wenn nicht Anteil, so doch zumindest Beteiligung erwarten lassen.

Die Eltern hätten daher zu fordern, daß die Kinder in der Konfession veranlassen, wo sie Laien glauben, daß die vorhergehenden Sätze zum Zwecke der Erziehung der Kinder gemacht werden, welche die Eltern die Lehrschulen. Durch die Elternschaft ist die Ausschreibung der Religionsfreiheit wieder geprägt. Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Rebhofec Betsall dankte dem Redakteur.

In den folgenden Debatte wandte sich zunächst Sämiel gegen die Religionsfreiheit und fand eine ziemlich starke Befürwortung, wo die Eltern glauben, daß die vorhergehenden Sätze zum Zwecke der Erziehung der Kinder gemacht werden, welche die Eltern die Lehrschulen. Durch die Elternschaft ist die Ausschreibung der Religionsfreiheit wieder geprägt. Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist es kein Vater und keine Mutter es verdient, daß Erhaltung der Wahlrecht zu scheitern.

Die Elternschaft ist eine wichtige Propaganda für die Gestaltung des Reichsverfassungsgesetzes. Damit ist

**Parteinafichten****Ein Veteran der Zentrumspartei**

und langjähriger Landtagabgeordneter, Geheimer Justizrat G. Müller in Koblenz, vollendete am Donnerstag, den 9. d. Mts. sein 80. Lebensjahr. Der um die Zentrumspartei und kath. Kirche hochverdiente Jubilar erfreut sich einer bewundernswerten körperlichen und geistigen Frische.

**Stiftsrat Albert Horn +**

Im hohen Alter von 81 Jahren ist in Reisse Stiftsrat Albert Horn am Sonntag verstorben. Ein um die katholische Sache in Deutschland hochverdienter Mann, ein Veteran der Zentrumspartei, ist mit ihm nach einem langen, an Arbeit und Mühen, aber auch an Erfolgen reichen Leben hingegangen. Das Vertrauen der Wählerchaft des Kreises Reisse-Großau fandt ihm am 10. Januar 1874 zum ersten Male in den Deutschen Reichstag. Diesen Kreis hat er 44 Jahre hindurch ununterbrochen bis 1918 vertreten. Immer stand Albert Horn seinem Mann, wenn es sich um die Verteidigung der katholischen Rechte und Freiheiten des katholischen Volkes handelte. Viele Jahre war der Verstorbene auch Mitglied der Stadtoberbürgermeistersversammlung und des Kreistages in Reisse. Auch hier hat er sich um das Allgemeinwohl große Verdienste erworben.

**Aus der katholischen Welt**

Das drohende Aussterben der Eingeborenen im Kongosstaat bildete einen der Hauptgegenstände der Verhandlungen, welche die belgische Kommission zum Schutz der Kongoneger in ihrer letzten Sitzung zu Leopoldville (Stanleypool) führte. Es wurde festgestellt, daß die einheimische Bevölkerung des Kongostates seit dem Beginn der europäischen Besetzung sich wenigstens um die Hälfte verminder hat. Die offizielle Zahlung gibt noch rund sechs Millionen Bewohner an.) Verschiedene Gesuchen vor allem die Schlafstrafe, grohe Kindersterilität und schlechte Behandlung der Lastträger werden als Hauptursachen des Rückgangs der Volkszahl bezeichnet. Die (vertragswidrige) Einführung der afrikanischen Kolonien in den Krieg hatte eine erschreckende Verbreitung anstdender Krankheiten zur Folge. In gewissen Gegenden raffte die Influenza 15 vom Hundert der Bevölkerung hinweg. Die Kommission fordert nachdrückliche Maßnahmen zur Abstellung der verschiedenen Mißstände und findet bei der Regierung weitgehendes Einigekommen. Es wäre daher unrecht, die aus bester Absicht gehaltene

Kritik an den Zuständen der Kolonie zu einem Anlaß von Anklagen gegen Belgien und seine Kolonialverwaltung zu machen. Aus gleichem Grunde war es daher großes Unrecht, wenn die Gegner Deutschlands die zum Zwecke der Belebung von deutscher Seite geübte Kritik an den Schattenseiten unserer Kolonialverhältnisse mißbrauchte, um einen Vorwand zu finden, daß deutsche Volk seiner Kolonien zu berauben. Wie wenig es dabei in Wirklichkeit um das Wohl der Eingeborenen ging, beweist unüberleglich die grausame Vertreibung der deutschen Missionare und Missionsschwestern, die gegen den aufgesprochenen Willen und zum größten Schmerze der Bevölkerung gewaltsam durchgeführt wurde. Wie lange noch wird die alliierte Politik mit diesem Vergehen gegen Gott, die Kirche und die Eingeborenen beflekt bleiben?

**Kirchliches**

Unter großer Anteilnahme der ganzen Bevölkerung wurde in Heiligenstadt (Wichfeld) eine Niederlassung des Redemptoristenordens gegründet. Das neu gebaute Kloster mit einer sehr schönen Kapelle wurde dem seligen Clemens Maria Hoffbauer, dem ersten deutschen Redemptoristen, geweiht. Superior der neuen Niederlassung ist der frühere Rektor des Bochumer Redemptoristenklosters P. Mühoff.

**Gewerkschaftliches**  
**Eine Großorganisation „Deutsche Postgewerkschaft“**

wird ab 1. Juli mit dem Sitz in München ins Leben treten. Sie wird gebildet aus dem bayerischen Postverband, dem württembergischen Postverband und der Deutschen Postgewerkschaft Berlin. Die Deutsche Postgewerkschaft ist dem Gesamtverband der deutschen Beamten- und Staatsangehörigen-Gewerkschaften und damit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsteher Ministerpräsident Siegerwald) angegeschlossen. Die neue Großorganisation ist interkonfessionell und parteipolitisch neutral; sie umfaßt die in den Gehaltsklassen II bis VI der Fleißaboldungsordnung bestimmten und daran hervorgegangenen Beamten, sowohl die Angestellten, Handwerker und Arbeiter im Post-, Telegraphen- und Kraftwagendienst des Reiches. Durch die grundsätzliche Einstellung und zweckmäßige Abgrenzung des Mitgliederkreises ist die Gewähr gegeben, daß die Deutsche Postgewerkschaft die Interessen des jungen unteren Postpersonals erfolgreich wahren wird.

= Übertheater. Die letzte Premiere heißt „Feuer, Feuer“ und soll ein Lustspiel sein. Autoren sind die Herren Frank und Geyer. Sie haben sich enorm leicht gemacht. Sie nahmen die aus tausend Dingenstücken bestehende, unverständene Frau, deren Ideal das Spiel mit dem Feuer ist. Sie ließen den Gatten scheinbar auf dieses Spiel eingehen. Der Partner ist ein Kätzchen, ein unmögliches Amerikaner, ein Trottel von Speciedimensionen. Bald hat die junge Frau den Kerl fort. Und das Paar findet sich wieder. Ein so schwaches Stück mit solch dem Dialog sah man lange nicht. Und die Darsteller schienen offenbar von der Ausdachlosigkeit der Sache, der sie dienen sollten, überzeugt zu sein. Keiner der sonst so Treffsicheren Herberwältigen durfte, wobei natürlich zu bedenken ist, daß man nur nichts nichts machen kann. Schade um diesen verlorene Abend.

Das Konzert des Kreuzchores ließerte aufs neue den Beweis, daß es nicht vermessen ist, wenn unsere Crucianer auf Menschen gehen. Es wäre wirklich schade, wenn solche herzragenden Leistungen, solch lieb und mühevoll zelebrierte Feierabend nur im Verborgenen blühen sollten. Der heutige Kreuzchor erwies sich wahnsinnig seiner berühmten Vergangenheit wertig, und das ist in erster Linie das Verdienst des talentreichen Profs. Otto Richter, dem die junge Sängerinhat wie ein Mann gehorcht. Die Crucianer sangen Werke von Mendelssohn, Gluck, Busch, Gafoldi und Richter so herzerquickend frisch und tonisch, daß so wunderlich präzis, daß selbst die Dirigenter vom Bau in höchstem Genuss schwelgten. Statt der Veredelimpel erfreute die beliebte Spiel-Mitglieder unser Standesoper. Eine Jung, mit ausgewählten Liebervorträgen und Kapellmeister Kurt Striegler hatte seine bewährte Schülerin Maria Höhle zu Vorträgen für 2 Klaviere zugezogen, die willkommen Abwechslung in das Programm brachten. Die beiden erfolgreichen Klaviervirtuosen legten ihre vollenbete Leistung in die Werke von Mozart und Schumann, dessen „Variationen“ (Antante op. 46) besonders eindrucksvoll wiedergegeben wurden. Das Konzert war zwar gut besucht, hätte aber ein ausverkautes Haus erwünschen lassen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: L. V. Wilson Menne; für den Inseraten Teil: Josef Bohmann. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Sonntag abend verschied eines unserer besten Mitglieder, Herr

**Franz Plocek**

69 Jahre alt. Der Verein verliert in ihm einen treuen Mitarbeiter. Beerdigung am Donnerstag den 16. Juni nachmittags 1/2 Uhr auf dem äußeren kath. Friedhof.

1248 Kath. Arbeiterverein Dresden-A.

Für die überaus vielen Beweise inniger Anteilnahme beim Heimgange unseres lieben, guten, so jäh aus dem Leben geschiedenen Sohnes und Bruders, des Drogisten

**Eduard Stefan**

sagen wir allen lieben Verwandten und Bekannten, besonders Hochwürden Herrn Pfarrer Katzenbach für seine aufopfernde Mühsalwaltung und trostreichen Worte, dem kath. kaufmännischen Vereinen „Columbus“ und „Jung-Columbus“ und den Jungfrauen für das letzte Ehrengeste ein herzliches

,Vergelt's Gott!“

Die trauernde Mutter und Geschwister.

Chemnitz, den 18. Juni 1921.

1240

**Vereins- und Partei-Anzeiger****Der Volksverein f. d. kath. Deutschland  
Ortsgruppe Leipzig-Mitte**

liefert ein jährliches

**Vortrags - Versammlung**

am Donnerstag, den 16. Juni 1921, abends halb 8 Uhr im großen Saal des „Gurgeliers“ am Ratsmarkt

Vortrag Hochschullehrer Weier:

Sind die „ernsten Bibelforscher“ ernst zu nehmen?

Gedrängte, Desklamationen.

Die Umrüste der Abenteurer lassen die vom Volksverein gebotene Aufklärung als sehr wünschenswert erscheinen

Reihenfolge kommt. Bringt Gäste mit. Eintritt frei.

**Allgemeiner kath. Jugendtag Leipzig**

Montag den 20. Juni im Saale des „Schloss Drachenfels“ Leipzig - Görlitz, Neuherrn Hallische Straße 11

Prolog, Festrede (Hochw. Hochschullehrer Weier), turnerische Aufführung, Streichquartett und Theater:

„Hans Sachs in der Wolfschlucht“

Schwanck von H. Houßen

Beginn 7 Uhr. Programme zu 5, 8 und 10 Mark in der Buchhandlung Büstet und durch die Jünglings-Vereine zu kaufen. Die Kirchliche Zeitseiter ist Sonntag den 19. Juni, vorne 9 Uhr in der St. Laurentiuskirche zu Leipzig-Reudnitz 1111

**Hohen Verdienst**

finden Herren und Damen durch Übernahme einer Verbandsliste nach amerikanischem Muster. Bequem im Hause vom Scheiblich aus zu erleben. Anleitung mit Ruster 4 Markt.

1247 Fa. Scheunert & Co.,

Dresden 30, Tschetscheckstraße 10.

**Herrenstoffe  
Kostümstoffe  
Mantelstoffe  
Sportstoffe  
Futterstoffe**

Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformtuche, Manchestercords,

Altartücher

empfiehlt [462]

Hermann Pöschel

Tuchläger

Dresden-A, Scheffelstraße 19

Gegründet 1888

**Wer hilft?**

150 000 Mark Darlehen zu hohen Zinsen von Stebhausem fach. Jugendamt zum Kauf einer flott gehenden Fabrik, da Inhaber frank ist. Gefürt. Rückengabe 50 000 M. pro Jahr, evtl. mehr. Off. u. „D. R. 832“ an die Geschäftsstelle d. St. erbeten.

1248

**Feuer im Haus**

wird augenblicklich gelöscht durch Trockenfeuerlöscher „Subitez“

ohne Wasserschäden. Inhalt unschädliche Salze

Bedienung mühelig, selbst durch Kinder. Der weltweit

billigste Apparat.

Höchst a. M., den 17. Mai 1912.

Auf Wunsch wird beschleunigt, daß am 7. Mai d. J. in einem Kellerraum und im Hof des alten Rathauses mehrere Löschproben mit dem Trockenfeuerlöscher „Subitez“ vorgenommen wurden, die ein allgemein befriedigendes Resultat ergaben. Überrascht hat namentlich die rasche Lösung einer größeren in Brand gesetzten Benzinkreide, deren intensives Feuer schon nach einigen Schlägen mit dem Apparat abgetötet war.

Bei der raschen Wirkung des neuen Feuerlöschers, bei der Handlichkeit desselben und bei den verhältnismäßig geringen Anschaffungskosten steht zu erwarten, daß „Subitez“ bald eine allgemeine Verbreitung finden wird.

Stadtbaumamt

gez. Steinle, Stadtbaumeister.

Man verlangt Prospekte!

Gebrüder Eberstein, Dresden.

Wegen vorgerückter Saison biete ich Ihnen an  
**Damen- u. Kinderhüte**

Unterformen, Blumen- und Federphantasien

zu bedeutend herabgesetzten Preisen 1122

Umarbeitete Hüte jetzt billiger und schnellstens.

Gegr. 1887

**B. Fischer** Ternyr. 11975

Strohhut- und Filzhut-Fabrik

Dresden, Ringstraße 17 :: Einzelverkauf nur 1. Stock

Druck von

**Massenauflagen**

Zeitungshüllen, Flugblätter, Anschläge

ein- und zweifarbig, in Flach- oder Rotationsdruck, liefert schnell u. preiswert

Saxonia - Buchdruckerei G. m. b. H.

Dresden-A, 16, Holbeinstraße 46 :: Fernspr. 32722

**DIE STRICKJACKE**  
für die Reise im Gebirge an der See

ist kleidsam und leicht an Stelle des Mantels zu tragen, gewährt prakt. Schutz beim Wandern gegen Wind, Rahmen Dame u. Kind geschmeckt voll in das farb. Strandbild ein.

Nur prima Qualitäten und beste Verarbeitung — Große Auswahl zu billigsten Preisen — Die Wickelgamasche „Mars“ ist wieder eingetroffen.

**Strickjacken-Hofmann**

DRESDEN, Sternplatz 2 (Haltest. d. Straßenb. 15 u. 23) Eingang Annenstr.

**Seidenstoffe**

Spez.: Braut- und Hochzeitskleider

**Julius Zschucke**

Größtes Sammel- und Seidenlager in Sachsen.

Selten - Bänder.

Dresden An der Kreuzkirche 2.

Bridgeschöß und 1. Stock.

1117

## Politischer Kassekatsch

Unter dieser Überschrift finden wir in der „Deutschen Arbeiterzeitung“, Verbandszeitung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Deutschlands (Nr. 22 vom 4. Juni 1921) folgende Ausführungen:

„Es fehlt nicht an ehriger Arbeit in Deutschland. Wer will, hat beide Hände voll zu tun. Aber es gibt auch noch Leute, die Zeit haben zu allerhand müßigem Geschwätz. Ein beliebter Ausgangspunkt für den politischen Kassekatsch der jüngsten Zeit ist ore Tafelache, d. h. der Abg. Erzberger u. a. auch in M.-Gladbach über einen Plan des praktischen christlichen Solidarismus und insbesondere der Werksgenossenschaft gesprochen hat.“

Die Tatsachen liegen ganz einfach. Vor einigen Monaten hat Erzberger in Süddeutschland gesprochen und einen bestimmten Plan der Werksgenossenschaft vorgelegt. Das „Deutsche Volksblatt“ brachte damals einen ausführlichen Bericht. Später sprach Erzberger in München über dieselbe Angelegenheit. Im März entdeckte er seinen Plan im Reichsausschuss der Zentrumspartei. Die anwesenden Mitglieder des Reichsausschusses waren zum größten Teil der Meinung, daß Erzbergers Vorschläge sehr bedacht und wohl geeignet seien, die öffentliche Diskussion zu befürworten, die sich mit der Werbung unseres Wirtschaftslebens beschäftigt. Nach dieser Sitzung des Reichsausschusses verabredete unser Kollege Elses mit Erzberger eine Versammlung in M.-Gladbach, die der sachlichen Erörterung der Erzbergerschen Vorschläge dienen, und darum von seiner politischen Partei oder wirtschaftlichen Interessengruppe einberufen werden sollte. Die Vorschläge für den Versammlungsplan und für das Vortragsthema gingen von Elses — jedenfalls nicht von Erzberger — aus. Elses bereitete in M.-Gladbach auch die Versammlung vor und leitete sie, wobei ihm sowohl christliche Gewerkschaften, als auch sozialinteressierte Parteifreunde freundliche Hilfe leisteten. Die Versammlung selbst bestand zum überwiegenden Teil aus christlichen Arbeitern und aus Gewerkschaftswählern. In einem Vortrage besprach sich Erzberger auf eine rein sachliche Erörterung des christlichen Solidarismus, und es wurde darauf geachtet, daß auch die Diskussionsredner sich nur zum Thema äußerten. Wer der Versammlung beigewohnt hat, wird die Wichtigkeit dieser Angaben bestätigen. Das Aufrufen in M.-Gladbach hatte Erzberger aber schon vor der Versammlung eine Sturmflut von Angriffen eingetragen. Es war da um eine Bildung der Mittlerlichkeit, Erzberger Gelegenheit zu geben, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen. Dem trug der Versammlungsleiter Rechnung, nachdem er zuvor noch einem politischen Gegner Erzbergers das Wort gegeben hatte, um alles das, was er wußte, gegen Erzberger vorzubringen. Wohlgemert jedoch dies, aber erst, nachdem der eigentliche Ablauf der Versammlung, die sachliche Erörterung des praktischen christlichen Solidarismus, erfüllt war. — In den Tagen nach der Gladbach-Versammlung hat Erzberger dann noch am Niederrhein in einigen Vorlesungen und öffentlichen Parteiveranstaltungen über politische Fragen gesprochen. Er hatte mehr Einladungen als Zeit, allen Wünschen nachzukommen. —

Das sind Tatsachen. Sie liegen ganz einfach und klar. Für den politischen Kassekatsch genügen diese nächsten Tatsachen allerdings nicht. Darmi geben politische Müßiggänger sich daran, allerhand Legenden zu formulieren. Sohn Wochen nach der Gladbach-Versammlung hört und liest man den allergroßen Unrat darüber. Das eine Mal soll Erzberger in M.-Gladbach der Zentrumspartei ein Hindernis im Wege gelegt haben, das andere Mal ist Erzberger in M.-Gladbach von der Zentrumspartei abgeschnitten worden. Das eine Mal soll auch der Volkverein Erzberger gründlich abgeschnitten haben, das andere Mal wird gerade der Volkverein hinter der Erzbergerversammlung verurteilt. Am Hollschen ist aber die Kombination, die katholischen Arbeitervereine sich mit Erzberger gegen die christlichen Gewerkschaften verbündet hätten und daß sie Erzberger insbesondere gegen Steierwald ausgeschlagen wollten. Eins ist so durcheinander wie das andere. Wir haben natürlich keine Lust, und unser Vater ist uns auch viel zu kostbar, um uns mit diesem Unrat näher zu beschäftigen. Was zu sagen ist, haben wir im vorliegenden Abschnitt erläutert. Daran kann jeder reuigen, was von dem dummen Hollschen zu halten ist. Da aber die Arbeitervereine und ihre Leitung wiederholt genannt wurden, wollen wir doch nicht verschäumen, nochdrücklich daran hinzuweisen, daß wir stets das tun werden, was wir richtig halten, daß wir insbesondere unsere sozialpolitische Wirklichkeit auf keinen Fall abhängig machen können von der Meinung jener Kreise, die sich der „Arbeiterzeitung“, der „Münchener Zeitung“, der „Oberfrankens“ oder gar des „Münchener Herold“ als Sprachmittel bedienen. Auch unsere politische Ansicht bilden wir uns selbst. Das zum Beispiel Erzberger manchen Politikern etwas unbekannt ist, kann sie uns kein ausreichender Grund sein, um an einem Unrecht gegen ihn zu beteiligen.“

## Überstunden und Einkommenssteuerabzug

Von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist bekannt geworden, daß die Arbeitnehmerverbände bei der Aufstellung der Wahllisten die Nichtausnahme des Überstundenverdienstes zu erzwingen versucht haben. Der Herr Reichsminister nimmt hierzu folgende Stellung ein: Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Arbeitgeber diesem unberechtigten Verlangen nachgegeben haben, so glaube ich doch zur nochmaligen Nachstellung darauf hinzuweisen zu wollen, daß durch meinen Erlass vom 25. August 1920 — III. 22205 — lediglich die einstweilige Abzugsfreiheit der besondern Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden, verfügt worden ist. In der Steuerpflicht der für die Leistung von Überstunden, Überstunden, Sonntagsarbeit und für sonstige über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsteilung gewährten besonderen Entlohnungen ist nichts geändert worden, das aus der Leistung von Überstunden u. a. erzielte Einkommen unterliegt der Besteuerung genau so, wie das übrige Einkommen.

gerlichen Regierung ohne die Sozialdemokratie kann — unter den heutigen Umständen — indeffen kaum die Rede sein.“ Es hat bei und niemals ein Zweifel darin bestanden, daß die Erfüllung des außerst schwer auf unserer Volks- und Finanzwirtschaft, sowie auf dem gesamten deutschen Volke lastenden Klimatums die positive und praktische Mitarbeit aller derjenigen erfordert, die am Wiederaufbau des deutschen Volkes mithelfen wollen. Das Kabinett der starken Mitte würde zweifellos auch vom Zentrum begrüßt werden.

## Lenins neues Wirtschaftsprogramm

Die Rätebewegung hat begonnen, die wiederolt gemeldeten Pläne über die Freigabe der kleinen und mittleren Betriebsverbände zu verfolgen. In einem Dekret des Rates der Volksöffentlichen wird angeordnet, sämtliche Maßnahmen zur Förderung der Heim- und Kleinindustrie somit in der Genossenschaft wie auch in der privatwirtschaftlichen Form zu treffen. Die Verwaltungsbürokratie soll sich lediglich auf die Überwachung bechränken und vor allem dafür sorgen, daß die Arbeiter in den Betrieben gelehrt werden, um und den staatlichen Betrieben Material und Arbeitskraft nicht entzogen werden. Besonders sollen die Produktionsgenossenschaften eine Verstärkung erfahren. Mit dem neuen Dekret werden eine Reihe weiterer Erlasse aufgehoben, die sich mit der Kleinindustrie und dem Genossenschaftswesen befaßten, so fand das Dekret vom November 1920 über die endgültige Durchführung der Nationalisierung, wodurch allerdings die bis zum 17. Mai d. J. verfügte Nationalisierung nicht ohne weiteres rückgängig gemacht wurde.

## Gastlichkeit im Wiener Rathause

Unter dieser Überschrift finden wir in der christlich-sozialen Wiener „Reichspost“ (Nr. 148) folgende interessante Mitteilungen:

„Die Teilnehmer des internationalen Straßen- und Kleinhändlertreffens wurden gestern abend im Wiener Rathaus von Bürgermeister Neumann empfangen und gesellschaftlich bewirkt. Rund 600 Personen nahmen an der Tafel teil. Das sozialdemokratische Organ berichtet über die bei dieser Feier im Rathaus gehaltenen Toaste ausführlich, aber die Leser des Beitrages, die Regierung führt unsfer Volk einen Gedanken, betonte, auch die Deutschnationalen würden im Eröffnungsfeier keine andere Politik als die der freien Arbeit und des geduldigen Arbeitens betreiben können. Das Ultimatum habe angenommen werden müssen; es sei immer noch besser, Geldverzeichnungen zu machen, als deutliches Band zu öffnen. Der alten pflegesicheren Regierung sei es zu danken, daß die Einheit des Staates verhindert werden sei. Eine der größten und idyllischsten Aufgaben der Regierung müsse es sein, für die schwierigsten Fällen in den betreuten Schichten zu sorgen. Da diesen Zusammenhang habe er hervor, daß es dann einer breiten Regierungsfaktion bedürfe. Ebenso erklärte der demokratische Reichsminister Schiffer vor einer Versammlungsmehrheit, die Demokratische Partei halte nach wie vor die Tür für die Deutsche Volkspartei in schmiediger Zusammenarbeit offen. Wechselseitig ist sicher, daß auch der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei sich mit dem Ultimatum und dem neuen Kabinett beschäftigt hat. Dabei erklärte der Reichsregierungschef, unter Führung der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann n. a.: „In unserer Hand wird die Entscheidung mittelelf sein, wenn praktische Wirtschafts- und Finanzpolitik getrieben werden soll. Ich sehe die Zukunft in einem Kabinett mit breiter Basis oder aber in einer Rückbildung zu einem bürgerlichen Kabinett, wenn die Sozialdemokratie weiter ihre Mitarbeit an einem Kabinett der breiteren Basis versucht. Wir werden die Folgerungen ziehen, wenn man uns den Kampf aufzwinge.“ Dazu schreibt das demokratische „Wiener Tageblatt“: Nach diesen Worten Dr. Stresemanns kennt die Deutsche Volkspartei bereit zu sein, in ein Kabinett auf breiter Basis einzutreten, um praktisch an der Wirtschafts- und Finanzpolitik mitzuwirken. Darauf werden die Regierungsparteien antreten und die Räder einer Verständigung wieder aufnehmen müssen. Entscheidend dürfte wird die Haltung der Sozialdemokratie sein, die bislang nicht gerade sehr erfreulich war. Von einer Rückbildung des Kabinetts zu einer rein bürokratischen Regierung ist sicherlich auszugehen.“

**Speisenfolge:**  
Gebenbrei-Suppe  
Kalte Tiere nach schwedischer Art  
Stangenpürgel  
• Roastbeef nach Wiener Art  
Schabfärcideau nach Wiener Art  
Sole  
Wiener Auflauf  
Frühstücksei in Form  
Säfte  
Kaffee

Wiener Brötchen  
Waffelbutter-Ausleiße 1917  
Söldner-Baguettes  
Gumpoldskirchner 1917

Es hat keinen besonderen Grund, warum das sozialdemokratische Organ diesen kulturellen Empfang durch die sozialdemokratischen Rathausverwalter verhindert und so sollte wird, wenn Herr Bürgermeister Neumann — Räten und eine Million — ruft wird.

Als Dr. Lueger die politischen Empfänge im Rathaus einführte, in denen er bewies, daß der Staat als Freizeit- und Erholungszentrum des verlaufenen und reichlich lohnen, da führt sich die sozialdemokratische Presse die Finger wind über die „Gesetze“, „Provinzen“, „Vorwerke der Steuerpächter“ im sozialdemokratischen Rathaus. Durch Monate war dies höchstwahrscheinlich die Hauptangst der Kritik an der christlich-katholischen Gemeindeverwaltung. Kein Sozialdemokrat der vor 20 Jahren schon Rechtlosigkeit, kein Sozialdemokrat der vor 20 Jahren schon Rechtlosigkeit anstammte.

Tamals war Wien eine reiche Stadt, heute erhält sie in Schulden. Tamals hatte sie 25 Prozent Gemeindeanlagen, heute beansprucht ein Drittel von ungeheuren Gemeindeschulden aller möglichen Art die Verwaltung. Tamals waren vor in Friedewirtschaft, heute in die Hungerszeit der Belagerung noch nicht ganz vorüber. Dennoch fällt es mir nicht ein, den sozialdemokratischen Rathausverwaltern aus ihrer Großlichkeit einen Vorwurf zu machen. Wir vermerken nur, daß sie heute sehr unter veränderten Umständen sind, daß Lueger recht hatte und daß es ein dummes Gedanken war, mit dem sie damals ihre Anhänger gegen Dr. Luegers Verwaltung aufzuhören.“

**Vergeltung, Herr Berger!** „Ich habe offenbar die Hausnummer verwechselt!“

Joseph hatte einen Haarspalten veranlaßt und sie sah ihn, Blaue zu nehmen; Marianne aber blieb wie festgewurzelt an ihrem Blaue stehen.

„Ich habe Ihnen oft und gern gedacht in all der Zeit,“ fuhr Joseph herziglich fort, als sie nichts sagte, und wie früher dachte, wenn Sie mir erzählen wollten, wo Sie die vielen Jahre immer gesucht und wie mir Sie die Zukunft sich gehabt hat. Es ist doch seltsam, daß ein Aufall, nur ein Zettel, Sie gerade in dieses Haus geführt. Sie sind wohl hier verkehrt? Doch ich kann nie begegnet bin auf der Straße.“

Während Joseph sprach, hatte Marianne ruhig den Kopf auf den Sprechenden gerichtet. Ihre Hand, die ein einfaches schwarzes Federschädel an metziner Kerze hielt, ließ zufällig leicht klirren das Kerzenlicht durch die Finger gleiten; die Zelle ihres schlanken Körpers bewegte sich nervös auf dem dichten, bunten Gewebe des kostbaren Teppichs und bescherte den Saum ihres Kleides in langsame Bewegung. In ihren Augen arbeitete es heftig; sie lächelte offenbar mit einem schweren Entschluß zu lämpfen.

Joseph schwieg. Er erwartete ihre Antwort.

„Ich bin nicht immer da, das heißt: meine Heimat ist nicht hier,“ entgegnete sie mit leise bebender Stimme und noch leiser fügte sie bei: „Ich habe keine Heimat.“

Dann streckte sich plötzlich der schlanke Körper; ihr Kopf, der bisher geneigt war, erhob sich stolz und voll sah sie Joseph in das Gesicht.

„Ich will Sie nicht belügen, Herr Berger. Warum auch soll ich es denn leugnen, daß ich arm bin und den heutigen Weg des Broterwerbs gehen muß. Aber ist es bedenkend, arm zu sein und anderen zu dienen, doch schändet Armut nicht. Mich führt nicht ein Rausch hier in Ihre Wohnung. Ihr Auto — ich kann ich glauben — Sie kannten meinen Namen nicht — ich bin die Dame, die Sie engagieren wollten.“

Schweigend hatte Marianne diese Worte gesprochen. Sie atmete tief auf, als sie gesagt.

Felsbütteler hatte ihr Joseph angeboten.

„Was möglich! Fräulein Marianne. Sie?“ rief Joseph. Wie mit Blut überposst stand Marianne vor ihm. Vergeblich bemühte sie sich, einige Worte der Begrüßung herauszuholen. Ihre Hände waren wie zugeschnürt; in ihrem Kopf jagten sich wild die verschiedensten Gedanken. Vollständig fassungslos stand sie ihm gegenüber; ihre Hand, die in der Seinen lag, bebte.

Joseph wußte sich den Versuch und das eigentlich verlegene Ereignis nicht an deuten. Vergeblich! Sie wollte ihn so doch besuchen, wie kenne sie doch daher? Was aber wollte sie von ihm? Ethisch durchfuhr es auf einmal sein Gehirn: Himmel! wenn hier vielleicht am Ende gar sein Aufenthalt mit dem Besuch zusammenhang! — Doch lassen im nächsten Augenblick sonst er sich wieder, daß dies doch ganz unmöglich sei!

Die Verwirrtheit auf Mariannes Gesicht war einer leichtenhaften Wärme gewichen. Langsam zog sie ihre Hand aus der Josephs Faust und mit der sich keine

## Der Gänsebub

Fränkischer Dorfroman von Dina Ernstberger

(34. Fortsetzung.)

„Eher als er gedacht hatte, war das Hotel an eine Altkönigsfamilie um eine Million und achtundtausend Mark verkauft worden. Er mietete sich in der Nähe des Hotels eine große, elegante Wohnung nahm eine alte, treue Person zur Führung seines Haushaltes mit. Vergabens hatte er sich bemüht, seine Mutter zum Tablett zu bewegen. Als sie die große, seine Wohnung sah, schüttelte sie wieder missbilligend das Haupt.

„Für des dumm Geug ist die Stundl net eingekommen,“ sagte sie ernst. „Wenn du willst, daß die dich nimmt, mußt naus aufs Dorf. Die geht net fort von ihrer Mat.“

Dadurch, daß Joseph nie etwas über diesen Heiratsplan hörte, war es ihr zum unumstößlichen Gewissheit geworden, daß er fest damit einverstanden sei. Als sie zum ersten Male ihren Herzendorfswunsch wegen dieser Heirat äußerte, tat sie das ganz zaghaft und angstlich; sie war sogar vorbereitet gewesen, daß er sie dumm und einfältig nennen würde und alle ihre schönen Pläne rasch zerstreute. Stattdessen hatte er sie erst ganz überrascht angesehen, dann hatte er hell aufgelacht gelacht. — Die Altkönigsfamilie wußte, das war die Freude geschürt.

Seitdem war diese Heirat nicht nur ihr Herzendorfswunsch,

sondern auch ihr Heiratsthema. Erstlich war Joseph in seine neue Wohnung eingezogen. Seine Mutter hatte sich bewegen lassen, die ersten Wochen noch bei ihm in der neuen Wohnung zu verbleiben. Der Architekt hatte Joseph mitgeteilt, daß die Villa nahezu fertig sei. Joseph fand es nun an der Zeit, seine Mutter endlich davon in Kenntnis zu setzen. Das war ein heiter Tag für sie und ihn! — Als die Altkönigsfamilie nach Stundenlanaeck, heiterer Ausdehnung das Zimmer ihres Sohnes verließ, batte sie alle ihre schönen Altkönigsfamilien und hellen Altkönigsfamilien bearbeitet. Sie war, als wäre Joseph ihr läßlich in die Ferne gerückt; als trennte sie von ihm.

Eines Abends reiste sie nach Altkönigshaus in der Heimat zu besuchen. Die alte Frau, die Josephs Haushalt geführt hatte und mit der sich keine

Mutter sehr gut vertrug, sollte mit ihr ziehen.

„Vergeltung, Herr Berger! Ich habe offenbar die Hausnummer verwechselt!“

Joseph hatte einen Haarspalten veranlaßt und sie sah ihn, Blaue zu nehmen; Marianne aber blieb wie festgewurzelt an ihrem Blaue stehen.

„Ich habe Ihnen oft und gern gedacht in all der Zeit,“ fuhr Joseph herziglich fort, als sie nichts sagte, und wie früher dachte, wenn Sie mir erzählen wollten, wo Sie die vielen Jahre immer gesucht und wie mir Sie die Zukunft sich gehabt hat. Es ist doch seltsam, daß ein Aufall, nur ein Zettel, Sie gerade in dieses Haus geführt. Sie sind wohl hier verkehrt? Doch ich kann nie begegnet bin auf der Straße.“

Während Joseph sprach, hatte Marianne ruhig den Kopf auf den Sprechenden gerichtet. Ihre Hand, die ein einfaches schwarzes Federschädel an metziner Kerze hielt, ließ zufällig leicht klirren das Kerzenlicht durch die Finger gleiten; die Zelle ihres schlanken Körpers bewegte sich nervös auf dem dichten, bunten Gewebe des kostbaren Teppichs und bescherte den Saum ihres Kleides in langsame Bewegung. In ihren Augen arbeitete es heftig; sie lächelte offenbar mit einem schweren Entschluß zu lämpfen.

Joseph schwieg. Er erwartete ihre Antwort.

„Ich bin nicht immer da, das heißt: meine Heimat ist nicht hier,“ entgegnete sie mit leise bebender Stimme und noch leiser fügte sie bei: „Ich habe keine Heimat.“

Dann streckte sich plötzlich der schlanke Körper; ihr Kopf, der bisher geneigt war, erhob sich stolz und voll sah sie Joseph in das Gesicht.

„Ich will Sie nicht belügen, Herr Berger. Warum auch soll ich es denn leugnen, daß ich arm bin und den heutigen Weg des Broterwerbs gehen muß. Aber ist es bedenkend, arm zu sein und anderen zu dienen, doch schändet Armut nicht. Mich führt nicht ein Rausch hier in Ihre Wohnung. Ihr Auto — ich kann ich glauben — Sie kannten meinen Namen nicht — ich bin die Dame, die Sie engagieren wollten.“

Schweigend hatte Marianne diese Worte gesprochen. Sie atmete tief auf, als sie gesagt.

Felsbütteler hatte ihr Joseph angeboten.

„Was möglich! Fräulein Marianne. Sie?“ rief Joseph. Wie mit Blut überposst stand Marianne vor ihm. Vergeblich bemühte sie sich, einige Worte der Begrüßung herauszuholen.

„Die Verwirrtheit auf Marianens Gesicht war einer leichtenhaften Wärme gewichen. Langsam zog sie ihre Hand aus der Josephs Faust und mit der sich keine

## Kardinal Schulte über Heidenmission und Diasporapflege

Bei der Einweihung der Tabernakelkathedrale in Nachen hielt der Herr Kardinal und Erzbischof von Köln eine bedeutungsvolle Rede, die auch in klaren Worten zu den in letzter Zeit geplagten Auseinandersetzungen über Weltmission und Diaspora Stellung nimmt.

Zur Weide dieses Hauses, die ich gemäß der liturgischen Gegebenheiten und Vorschriften soeben vollzogen habe, spreche ich vorab allen, die an der Erwerbung, Herrichtung und Ausstattung eines so herborzenden und zweckdienlichen Verwaltungsbüros für die Bentele beteiligt waren, meinen herzlichen Dank aus, und allen, die fortan hier wohnen und schaffen, meinen herzlichen Glück- und Genußwunsch. Dieses stillen Fest des glücklichen Anbaus des Missionenkathedralen gönne ich der Leitung des Tabernakelvereins und allen Beamten und Angestellten des Hauses von Herzen. Mit Ihnen freue ich mich, daß Sie gegen die früheren, engen unzulänglichen Räume heute so würdige und zweckentsprechende einzutauschen können. Und zur wodurchaus Verstärkung meiner Wissende wiederhole ich das Wort der Kirche, daß unsere kleine Einweihungsfeier einleite: "Vor huic domini — Et omniibus in tantibus in eam." (Der Friede sei mit diesem Hause — und mit allen, die hineintreten.)

Die heutige Gelegenheit ist mir willkommen, um als Präsident des Tabernakelvereins einmal inmitten der verdienten fahrenden Männer der Bentele ansprechen zu können, was unser deutscher Episkopat in jedem seiner Mitglieder an Predigt und Freude empfindet, ob der, ich möchte fast sagen, beißenden Erfolge der katholischen Tabernakelkathedralen seit ihrer Neuorganisation unter meinem hochseligen Vorgänger Kardinal von Hartmann. Sachens katholische Weltfuß als Stadt der Missionärs, das im ganzen katholischen Deutschland von hier aus wieder angefertigt wurde, und das da und dort bereits zu hellen Flammen aufgelöst ist, aufs neue bestätigt. Und daß dies geschehen könnte, trotz der furchtbaren Not und Verdringnis, die mit dem Kriege, mit der Revolution, mit dem Zusammenbruch Deutschlands über uns gekommen sind, lädt den erzielten gewaltigen Erfolg erst recht bewunderungswürdig erscheinen. Das Beste an dem ganzen Erfolge und an der von Nachen ausgezogenen deutschen Missionsbewegung ist aber, daß lebhafte von den lautersten katholischen Glaubensmännern und nicht von mehr oder minder unlauteren politischen Gründen getragen wird.

Wenn aber mit Katholiken Deutschlands und somit auch unsere deutschen Missionare ohne alle politische Tendenz lediglich den Christen hoffen, als treue und dankbare Glieder der Kirche eiferwillige Mithilfe zu leisten, zur Ausbreitung des katholischen Glaubens, dann bleibt es ein schweres Unrecht, daß gegenwärtige Tänze der Weltpolitik in den Friedensbereich der Glaubensverkündigung durch Ausnahmegesetze gegen unsere deutschen Missionen eingreifen. Das Beste an dem ganzen Erfolge und an der von Nachen ausgezogenen deutschen Missionsbewegung ist aber, daß lebhafte von den lautersten katholischen Glaubensmännern und nicht von mehr oder minder unlauteren politischen Gründen getragen wird.

Der Vortrag unserer von hier aus inaugurierten Missionsbewegung, von den lautersten Peiegtruppen des Glaubens genannt zu sein, veranlaßt mich, noch auf eine weitere Konsequenz hinzuweisen. Man hat vielleicht, besonders in letzter Zeit, die Krone aufgesetzt, ob der katholische Episkopat nicht auf den Bonifatiuskreis oder auf den Tabernakelverein binguliert sei. Als früherer Bischof von Paderborn, der für die Erhaltung des Glaubens in einer außerordentlich ausgedehnten, forschvollen Diaspora, Verantwortung zu tragen batte, glaube ich über den Verstand zu stehen, ob ich ich nicht nach besten Kräften darüber und darüber des Bonifatiuskreises. Ich stehe nicht an, sogar an dieser Stelle das Wort meines Vorgängers in Paderborn, des unvergesslichen Bischofs Konrad Martin zu wiederholen: "Die Hauptpflicht des katholischen Deutschland ist die Unterstützung des Bonifatiuskreises". Aber ebenso entschieden halte ich es mit dem von ehrlicher katholischer Gelassenheit gehenden Gute, der zur Zeit der Gründung unseres Tabernakelvereins den deutschen Katholiken auferlegt worden ist: "Eures wird nie aushören, der Menschenstand unserer treuesten Pflege und Sorge zu sein, die heilige Anlegkeit der katholischen Mission". Nicht Bonifatiuskreis oder Bonifatiuskreis, nicht Heidenmission oder Diasporapflege sei die Positur, sondern Tabernakelverein und Bonifatiuskreis, Diasporapflege und Heidenmission.

Der Vater für die heilige Kirche, die Christus der Herr für alle Rechten und Völker gegründet hat, und die Dankbarkeit für die unverdiente Gnade des Glaubens, in dem wir uns glücklich fühlen, müssen uns davon bewahren, die Hilfsbereitschaft der deutschen Katholiken ironisch einzufließen, wo es ein Werk des Glaubens zu fördern gilt. Gott Dank, unsere deutschen Glaubensbilder haben es hier vor jeder mit dem ersten Wahlwunschen gehalten: "Cum bono ab sum' (Bei allem Guten bin ich mit dabei). Und immer noch hat man beschworen, daß dort, wo der Sinn für die Glaubensverbreitung lebendig ist, und die Diasporapflege nicht vernachlässigt wird. Die Arbeit für das eine gute Werk befürchtet zugleich die Sorge für das andere."

Für die heilige Anlegkeit der katholischen Mission ist diese prächtige Rentelei eingerichtet worden. Wie der Tabernakelverein von hier aus, wo man jemals der Weltung meines hochseligen Vorgängers dankbar rückwärts, mutig vorwärts, flüchtig austätig schwung und Welt geht, neue Großwirken im Apostolat der katholischen Weltmission vorbringen! (R. B.)

## Eine bedeutungsvolle Ansprache des Bischofs von Paderborn

Auf der 18. Hauptversammlung des Katholischen Lehrerverbandes der Provinz Westfalen ergriff auch der Bischof von Paderborn, Kaspar Klein, das Wort zu einer bedeutungsvollen Ansprache an die anwesenden Lehrer und Lehrerinnen. In den begrenzten Worten führte er folgendes aus:

"Herrliche Festversammlung! Nach dem feierlichen Gottesdienst in der alten, ehrwürdigen Kathedrale haben Sie sich zu hochwichtigen Beratungen in diesem Saale zusammengefunden. Wie im hohen Dome, so besteht uns auch hier nur die eine Wonne, daß Gott der Herr in seiner großen Güte ihre Arbeit mit seiner ganzen Energie begleite, auf daß sie reiche Früchte trage. Die erste Frucht dieser Tagung möge sein, so wünschen wir, Festigung der katholischen Grundsätze, Hebewörter Aufschluß an die heil. katholische Kirche, unsere geistige Mutter, Erziehung unserer Jugend im Geiste unserer heiligen Religion und Erhaltung der katholischen Pfarreienschule um jeden Preis. Als eine weitere Frucht Ihrer Generalversammlung möge bezeichnet werden können, die Förderung alles dessen, was über Standesbewegung wahre Kulturbedeutung für immer verlebt und wertsame Unterstützung alles dessen, was über berechtigte Standesforderungen der Entwicklunglichkeit näher bringt. Sie haben als Ihr Alter Pfarrei Paderborn gewählt. Diese Stadt, von alters her eine Stadt edler christlicher Sitten, bietet für die Aufnahme unter Gott edler Kulturbereichen einen besonderen geeigneten Boden. Ich schließe mich als Bischof glücklich, Sie heute hier begrüßen zu können. Sie, weine und des katholischen Volkes treueste Stützen. Mein bischöfliches Herz möchte aufjubeln vor Freude beim Anblick dieser großen Zahl von katholischen Lehrer und Lehrerinnen, die bereits entschlossen sind, in

denen der Entschluß nicht erst zur Reise gebracht werden muß, die entschlossen sind, zu kämpfen für die Sache des Glaubens, für die Sache der Liebe und für die Aufrichterhaltung der weltlichen Ordnung. Alle Kreise, die es ernst nehmen mit der Erziehung unseres Volkes, schauen in diesen Tagen auf Sie und verfolgen Ihre Reden und Entwicklungen mit dem lebhaftesten Interesse. Aber noch ein anderer ist es, der auf Sie schaut und dem letzten Endes diese Versammlung gilt: unser Herr und Heiland Jesus Christus. Er hat Sie ganz besonders in sein Herz geschlossen, weil Sie im Kampfe gegen die verderblichen Geisteskräfte der Zeit sein Opfer schaffen. Er segnet Sie, er hilft Sie, er stärkt Sie. Der Liebgestrauß dieses unseres Meisters lautet: "Ut sint omnes unum". Ich doch alle eins sein möchte! Diesen Herzengewußt mache ich auch bei diesem festlichen Anlaß Ihnen allen gern besonders ans Herz legen in unserer sturm- und wildbewegten Zeit. Ut sint omnes unum! Möchten Sie doch alle einmütig zusammenstehen, möchten Sie sich doch eines Sinnes, eines Willens und eines Geistes schaffen um die Sache, die vor vielen Jahren der Katholische Lehrerverband offen vor der ganzen Welt aufgerollt hat. Diese Fahne des Verbands ist keine andere als die Fahne Jesu Christi selbst.

Meine lieben Damen und Herren. Diese Fahne des Katholischen Lehrerverbandes ist das Symbol der Einheit ihres Standes, sie ist das Zeichen Ihres namhaften Erfolges, sie ist das Panzer Ihres namhaften Erfolges für die christliche Erziehungsgemeinde. Und da frage ich: Kann und darf ein katholischer Lehrer dieser Fahne sich entziehen? Nein und tausendmal nein! Er muss vielmehr, wenn er den Ernst der Zeit wirklich erfaßt, mit Vornehmung und unverzüglichster Treue zu ihr stehen und zu ihr halten bis zum letzten Haar des Lebens, in Freiheit und Freiheit. Diese Worte möchte ich als Bischof von dieser Stätte aus hinaustragen bis zu den entlegensten Winkel meines Diözes, bis zum fernsten Vorsteiner unseres Volkerlandes.

Sie haben so viele Beweise Ihrer kirchlichen Gesinnung an den Tag gelegt, daß ich von Ihnen von vornherein annehme, daß Sie durch Ihren Eintritt in den Katholischen Lehrerverband und in den Katholischen Lehrerverband und durch die treue Hingebigkeit zu diesen Verbänden, meine Wohnung, das vertrauliche Heil Jesu Christi zu stärken, versuchen. Sie werden es zu widerstreben wissen, wenn ich erneut vor Ihnen steht und erneut zu Ihnen rede. Im Vorbergrunde aller Räume steht noch Zweifel der Kampf um die Schule. Dieser ist aber richtig betrachtet, nichts anderes, als ein Kampf um die Entscheidung der Frage, ob unser Volk mit Gott oder ohne Gott erzoegen werden soll, ob wir die christliche Seele bewahren oder verlieren, ob wir im Lichte des Kreuzes oder im Leidens des Christus Christus oder eines anderen Tagesgottes leben und sterben wollen. Kann angeblich deßhalb etwas anderes unter Herz erfüllen als Wohlmut und heilige Kraft? Und beharrt es noch weiterer Ausübung, um jeden aufzumuntern und jeden zu bewegen, aus seiner Einsamkeit herauszutreten, eine erhöhte Tätigkeit zu entfalten und zu farbiger Glorie zu führen? Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in diesem entscheidungshohen Maßstab eine ganz besondere Rolle zugewiesen: Sie sollen ja die "legio fulminante", die leuchtende Legion, die läuft, und wenn es sein muß, leidet und opfert, die sich aber nicht ergibt und die nicht wankt und weicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als eine solche Elitegruppe betrachte ich Sie in diesem Augenblick und entbiete Ihnen als Bischof meine herzlichsten Wünsche. Ihre Generalsversammlung sollt in die Wissenschaft, Bildung und die Pfingstfeste und Tage des hl. Geistes, des offenkundigen Wissens im Reich der Natur und im Reich der Gnade. Wo der hl. Geist waltet, da ist Wärme, Leben, Wohlgefallen, Liebe, Freude, Treue, Starkheit, Weisheit, Tugend und Heiligkeit. In der Kraft des hl. Geistes erstand die hl. Kirche und wird zu immer größerer Macht. Da der Heilige Geist des hl. Geistes werden die Klostermänner, für deren Heilerei die Welt zu klein war, in dieser Kraft erstaunen die Mächte der Wahrheit zu wahren Glaubenshelden, die treu und mutig ihr Leben für die Sache Gottes dahingeben. Wenn wir also als Bischof, als Priester, als Lehrer den Sieg des Christentums in der Welt errichten, wiederum mitzukämpfen wollen, dann müssen wir es tun im hl. Geiste. Nur in seiner Kraft, unter seiner Führung werden wir und möglichst erweisen, werden wir mutig, stark und auch siegreich sein. Ihnen wie hieraus die notwendigen Konsequenzen, seien wie Männer und Frauen des hl. Geistes, voll des Glaubens, voll der Liebe, voll der Wahrheit. Augenblicklich erläutert lauter und immer lauter der zu sehr begründete Ruf nach mehr Innerlichkeit; immer lauter bringt der Ruf an unser Ohr: "Ablehrt von dem rein Materialien. Wenn wir wirklich wahre Volksbegleiter und Volksführer sein und bleiben wollen in unserem heiligen Berufe, dann müssen wir täglich unser Leben darauf richten, wirklich innere Menschen zu werden, und zwar in der Geistes- und Herzengesundung. Auch Ihr Verband, Ihr Katholischer Lehrerverband und Lehrerinnenverband, muß wie bisher, so auch in Zukunft mehr ein Qualitäts- als ein Quantitätsverband sein. Es kommt nicht so sehr auf die räumliche und zahlliche Ausdehnung an, sondern auf den Geist, der den ganzen Verband und jedes einzelne Mitglied bestimmt. Hier gelten so recht die Worte der hl. Schrift: "Der Geist ist es, der lebendig macht!" Ein Verband, der da wurscht im Wandel und im Wechseln wurschende Ideale verfolgt und sich nicht erschöpft in der Pflege rein materieller Interessen, hat Selbstlosigkeit und er wird einen Preis von Schwierigkeiten und Hindernissen überwinden. Katholischer Lehrererverband, bleibe treu den Besinnungen und Grundsätzen, unter denen und mit denen du gegründet bist! Sie alle wollen Sorge tragen. Sie jeden Tag als wahrhaft innerlich geäußerte Menschen hinzutreten vor die kleinen, die Ihnen den Eltern übertragen sind und zu deren Vätern und Lehrern Sie sich haben vorbereitet und berufen lassen. Ja dem Einne, daß der Verband nach innen und außen wächst und Sie tröstet der Geist der Innerlichkeit in sich aufzunehmen, ertele ich Ihnen gern den bischöflichen Segen.

## Gemeinde- und Vereinsnachrichten

„Neu-Deutschland“, Ortsgruppe Leipzig. Anfang Dezember 1920 empfingen wir von unserem Religionslehrer die erste Anregung zur Gründung einer Ortsgruppe. Wir hatten bis dahin von der ganzen niederdeutschen Bewegung noch nichts gehört, so daß wir der Angelegenheit ziemlich ratlos gegenüberstanden, aber doch den brennenden Wunsch hatten, in so einer Vereinigung mitzutun. Mit frischem Mut ging's an die Arbeit, die vielen Schwierigkeiten bei unseren Kameraden und einigen Eltern zu überwinden, bis wir uns zum ersten Male zusammen fanden. Wir haben hier in Leipzig nicht weniger katholische Gemeinschaften als in jeder anderen Großstadt der Diaspora; so sind auch hier die einzelnen auf die verschiedenen Schulen verteilt, und wie haben uns nur einmal in der Woche im gemeinsamen Religionsunterricht, waren wir ja nicht einmal dem Namen nach miteinander bekannt. Da war also ein katholischer Gymnasienverband sehr am Platze. Aber wie schwierig war es, die einzelnen Jungen zusammen zu bekommen! Die meisten waren schon in Vereinen ihrer Schule, und man konnte für noch einen Verein keinem besten Willen keine Zeit mehr aufbringen. Da wurde nach einigen mühsamen Verhandlungen eine Weihnachtsfeier angekündigt. Das zog schon mehr. Der Abend verlief schlicht und harmonisch und brachte uns durch die zusammen verbrachten, schönen Stunden näher. Gemeinsame Aussüttungen, Versammlungen taten ein Übriges. Die Ortsgruppe wurde dem Verband gemeldet, und dann kam der erste, große Tag. Eine Versammlung, in deren Mittelpunkt ein Vortrag unseres Generalsekre-

tärs Pater P. Fisch S. J. stand, gab den Ausgang. Viele Gäste, unsere Eltern und mehrere geistliche Herren waren zu diesem Abend erschienen, der von musikalischen und deklamatorischen Darbietungen umrahmt war. Der Vortrag unseres Verbandsführers, der die Freude und die Ziele Neu-Deutschlands mit passenden Worten und darlegte, erläuterte und uns für sie begeisterte, drückte viele auf unsere Seite. Wieder, der bisher nur Mitglieder war, trat jetzt definitiv in unser Kreis! Abgesehen und Verbandszeitungen wurden bestellt. Es schlang sich allmählich, aber deutlich fühlbar das Band der Freundschaft um uns, das uns immer fester und fester verknüpft. Aussüttungen nach allen Gegenden, ein Treffen mit den Gallenherren Neudeutschlands forderte, daß wir uns immer besser kennen lernten und die Interessen des einzelnen bekannt wurden. Den besonderen Wunsch vieler Verbandsbrüder nachkommend, gründeten wir einen literarischen Kreis, um uns vor allem in die katholische Literatur zu vertiefen, die uns ja auf den Gymnasien vorgetragen wird. Wir lesen zusammen Dante, und dieser großartige Mann einer großen Zeit gibt uns wieder etwas Gemeinsames. Wie sind nun nicht mehr durch die literarischen und anderen Vereine verschiedene Schulen getrennt, wir arbeiten auch nicht mehr für verschiedene Freude und Ziele; jetzt haben wir uns zusammengefügt, um gemeinsam der Forderung unseres Verbands gerecht zu werden, die da lautet: Beschäftigt euch mit unserer schönen, katholischen Literatur! immer werden wir zusammenhalten im Kampf für unser Volk, unter Vaterland und unsere Kirche. Auch wir in Leipzig hoffen, daß sich unsere Ortsgruppe in der Diaspora so entfalten wird, daß der Verband auf sie stolz sein kann. G. Kaufmann.

Leipzig-Süd, Sonnabend, Katholischer Kirchenbauverein. Am 8. Juni 1921 hielt der neu gegründete Kirchenbauverein Leipzig-Süd seine erste große, gutbesuchte Versammlung. Nach kurzer Segnung durch den Vorständen, Herrn Haller, gab Herr Kaplan Johannes Venner einen Überblick über die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, damit in Leipzig-Süd katholischer Gottesdienst eingerichtet werden konnte. Ein Rückblick auf das bisher erreichte bezog sich auf den schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Pater Erdmannus, Domkaplan F. W. Halle, hielt dann eine weibliche Predigt, die gewaltige Begeisterung auslöste. Er führte unter anderem aus: In Leipzig-Süd hätte schon lange eine Kirche gebaut sein müssen. Was der verloren gegangen ist, lädt sich nicht so schnell wieder aufzubauen. Allgemein verbreitet ist der Glaube, der Mensch bedürfe nicht der Religion. Weiß es ohne Kirche und Gott? Ja, es geht wohl, aber es geht dem Abgrund der Hölle zu. Was ist ein Armer ohne Religion? Es schreit vor seinem Verbrechen zurück. Was ist ein Mörder ohne Religion? Ein Ausbeuter und Plünderer des Menschen. Was ist ein Vater ohne Religion? Ein Kind, das mit dem Hörens dem Unwesen im Hause leuchtet. Was ist ein Sohn, eine Tochter ohne Religion? Ein Engel am Ende der Eltern. Wer keinen Glauben an Gott hat, verdient auch keinen von dem Menschen. Die Religion weckt den Menschen und die menschliche Gesellschaft. Sie lebt die unschuldigen Kinder heran. Sie legt segnend den Sternen die Hände auf und erleuchtet ihnen ihre letzten Minuten. Sie gibt, was die Natur entzerrt hat, Fürst und Bettler. Es gibt kein Leben ohne Opfer, das Opfer sieht Gottes Segen herab. Ein Opfer, bei dem die Engel des Himmels dienen, haben wir im hl. Waisenhaus. Es muß aber auch an geweihte Stätte dorthinbracht werden, daß sie sich nicht nach unten hund gibt. Es gibt auf die Dauer keine wirkliche Herrenstammlosigkeit ohne Herkunft. Die Heiden bauten die prächtigsten Tempel. Die Inden verehren Gott in einem Tempel, der wegen seiner Schönheit zu den Wundern der Erde gezählt wurde. Die ersten Christen kamen zusammen und lobten und drüsften ihren Schöpfer und feierten gemeinsam des hl. Michael in Hölle und Himmel, abschließend von der übrigen Welt. Was für die Gläubigen einer Familie das Eileenhof, das ist für die katholische Gemeinde die Kirche, Raum arbeitet jedoch für das neue Volk mit Gottes Segen und frischen Kräften. Den Mut nicht haben lassen, doch wunderbare Errichtungen. Wie brauchen vor allen ein großes Werkzeug zum Herstellen, denn für ihn arbeiten wir. Niemand wüßt mir ein Haus bauen, so wird er uns auch helfen. — Nachdem der Peitschenturm sich gezeigt hatte, konnte man endlich anflocken, Predigen eines Lehrers und der Meinungs und aus Widerberen ersehen, wie sehr die Morte des Vaters Erdmannus offen aus dem Herzen gestrichen waren. Die beiden Herren berichteten die Sonnabende 1921 schafften unterdessen an dem Kirchenbau in Leipzig-Süd und verbrachten, in ihrer Heimat in diesem Sinne zu wirken. „Neu-Deutschland“ hatte sich bereit erklärt, durch katholische Dorfbewohner den Abend feierlich zu erhalten. Herr Schuldirektor Dr. Pöhlmann mit seinen Söhnen schuf für die hier erwartenden Freude Stimmung und Bekanntschaft in den Herren der Dorfkirche und trug so zu dem guten Erfolge des Abends wesentlich bei. So am Sonnabendvormittag konnte der Kirchenbauverein als erster Erfolg des Abends buchen.

Altenberghaus 1. Sa. Erstmals nach dem Kriege fanden sich leichter Sonntags die katholischen Vereine der Gemeinden des oberen Voerdeans aus Werd, Aue, Altenbach und Altenberghaus in Altenberghaus in Rüggeberg zu Fuß, mit dem Bahn, mit Wickerwagen und Motorrad ankommen. Da der Himmel in letzter Stunde ein Gewitter hatte und besseres Wetter hoffte, was die Zahl der Besucherinnen derart groß, daß sich der Saal als völlig unzureichend erwies. Herr Warmer Pöhlmann sprach beruhigende Worte, redete rücksichtsvoll die Ortsgruppenversammlungen vor dem Krieger und entwischte, um den nächsten Tag an dem Kirchenbau in Altenberghaus und verbrachten, in ihrer Heimat in diesem Sinne zu wirken. „Neu-Deutschland“ hatte sich bereit erklärt, durch katholische Dorfbewohner den Abend feierlich zu erhalten. Herr Schuldirektor Dr. Pöhlmann mit seinen Söhnen schuf für die hier erwartenden Freude Stimmung und Bekanntschaft in den Herren der Dorfkirche und trug so zu einem Begegnungstag am Sonnabendvormittag ausgebaut werden: Vormittags Festgottesdienst, vorwiegend mit Weihe der neuen Orgel; am selben Nachmittag Kirchliche Musteraufführung der örtlichen Vereine im Gottesdienst; am späteren Nachmittag Festversammlung mit je einem weltlichen Lied der Kirchendirekte und Festrede eines auswärtigen Redners; gleich der gemütliche Teil.

## Literatur

Stewart C. Bruce, Friedenskund und Friedensverbrechen. Der Krieg ist eine Friede an gesunden M. 12.— Hermann Bouvier, Geschichte Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 21.

Das Buch der Stunde! Denn nachdem Lloyd George in London gesagt hat, daß der Vertrag mit dem Schatzfrage sehr und falle, beginnt nun auch das offizielle Amerika seine Friedensverhandlungen mit der Römerland. Deutschland sollte die völlige moralische Verantwortung für den Krieg übernehmen. So wird die Schatzfrage tatsächlich zur Deutschen Lebensfrage, zu der Frage, in der es sich um Sein oder Nichtsein handelt. Es ist von allerhöchster Bedeutung, wenn gerade in dieser Stunde ein freier Amerikaner das Wort ergreift, der als Kanadier von Haus aus Engländer, sowohl England wie Amerika in seinem Weise und in all seinen politischen Künsten kennt. Bruce schrieb sein Werk aus dem Gefühl heraus, das es wünscht, daß das Menschheitsgewissenjetzt, wenn durch den Vertrag ein Volk in einer Weise vergewaltigt werde, wie es an Brutalität in der Geschichte kein Vergleich gibt. Aber nicht gegen die Entente soll uns das mutige Buch eine Waffe sein, es soll bei uns selbst die innere Einheitsfront und somit den Wiederaufbau stärken helfen.